

Berlin - Stadt der Frauen

Ausstellung

Über Parteiliche Frauen Initiative

1992 - 2012



ÜberParteilicheFrauenInitiative

Berlin

1992 - 2012

www.berlin-stadtderafrauen.de

berlin Berlin
Senatsverwaltung
für Arbeit, Integration
und Frauen

bpbb
Bundeszentrale für
politische Bildung

Gestaltung und Umsetzung: kerstin.wietusch@yahoo.de

Berlin - Stadt der Frauen

Die Gründung am 4. September 1992

Die Presseerklärung von 1992 lautete :

„Wir, Frauen im Parlament, erklären gemeinsam: **überparteilich**, zielorientiert und fest entschlossen, den **Rechten der Frauen in Berlin** Geltung zu verschaffen ! Wir werden uns **gemeinsam** dafür stark machen! Was auch immer uns sonst politisch unterscheidet:

Wir sind uns einig:

Der Umstrukturierungsprozess im zusammenwachsenden Deutschland geht ganz wesentlich zu Lasten der Frauen. Wir wollen dieses nicht länger hinnehmen! Insbesondere im Bereich der Wirtschafts- und

Arbeitsmarktpolitik muss die Frage der Gleichberechtigung wieder eine entscheidende Rolle spielen.

Staatliche Maßnahmen müssen endlich an Förderpläne geknüpft werden. Tariflich geregelte Teilzeitarbeit ist für Frauen und Männer attraktiv zu gestalten. Teilzeitstellen müssen in einem stärkeren Maße auch für Frauen in gut bezahlten Positionen angeboten werden, damit Frauen und Männer Kindererziehung und bezahlte Arbeit besser- mit einander vereinbaren können.

Wir sind uns einig:

Frauenprojekte in Berlin leisten unverzichtbare, häufig unbezahlte gesellschaftlich notwendige Arbeit.

Sie setzen ein ermutigendes Signal gegen wachsende Resignation und Frauenerwerbslosigkeit und nehmen vielfältige soziale und kulturelle Aufgaben in unserer Stadt wahr.

Wir sind uns einig:

Frauenrechte gehören in die Verfassung. Der aktive Gleichstellungsauftrag muss in der Verfassung verankert werden. Wir, Frauen im Parlament, wollen, dass Berlin eine Stadt der Frauen ist ! Wir fordern deshalb alle interessierten Frauen auf, sich gemeinsam mit uns für diese Ziele einzusetzen.“

Die Gründerinnen 1992



Dr. Christine Bergmann
Senatorin für Arbeit und Frauen
SPD



Ingrid Stahmer

Senatorin für Soziales
SPD



Carola Von Braun
Fraktionsvorsitzende und Frauenpolitische Sprecherin
FDP



Ingrid Holzhüter

Frauenpolitische Sprecherin
SPD



Dr. Sibyll-Anka Klotz
Fraktionsvorsitzende und Frauenpolitische Sprecherin
Bündnis 90/ Grüne



Prof. Dr. Jutta Limbach

Senatorin der Justiz
SPD



Elke Herer

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Frauenausschusses des Abgeordnetenhaus
PDS

Irina Schlicht

Frauenpolitische Sprecherin
CDU



ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin 1992 - 2012

www.berlin-stadtderafrauen.de

Berlin - Stadt der Frauen

Überparteilichkeit von Frauen - politisches Instrument der Zukunft

Wir haben uns damals auf Folgendes geeinigt:

Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen ist ein generationsübergreifendes Frauenforum mit intensivem Bezug zu den Frauen in Projekten, Parteien/Fraktionen und Organisationen in Berlin. Grundgedanke ist die Überparteilichkeit

Überparteilichkeit als zukunftssträchtiges politisches Prinzip, um die verbreitete Politikverdrossenheit zu überwinden.

Überparteilichkeit kann wichtige politische Vorhaben durch betonte Sachlichkeit befördern.

Überparteilichkeit stärkt den Transfer von Ideen und Kontakten zwischen der institutionalisierten Politik und der „Basis“.

Überparteilichkeit fördert die Interessen von Frauen und Ihren Repräsentantinnen, sie macht Frauen als Machtfaktor sichtbar.



Carola von Braun, Sprecherin: Der Überparteiliche Zusammenschluss von Parlamentarierinnen kam 1992 im neuen Vereinigten Berliner Abgeordnetenhaus auf initiiert von Carola von Braun. Die Idee beruhte auf den schwierigen Erfahrungen mit der damals noch starken männlichen Dominanz in Parteien und Parlamenten. Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinaus sollte Frauenpolitik stärken und voranbringen. Die Tatsache, dass auch Kolleginnen der anderen Fraktionen aus Ost und West die Idee für überfällig hielten, hat den letzten Anstoß gegeben.

Gisela Vollradt, Ehrenmitglied: Überparteilich sollte für uns zugleich überparlamentarisch bedeuten, d.h. Zusammenarbeit auch mit frauenpolitisch engagierten Kolleginnen aus Frauen-Institutionen und Frauenprojekten (für die ich z.B. mitwirkte). In einer ersten Gruppe aktiver Initiatorinnen diskutierten wir über Organisation und Zielsetzungen einer ÜBERPARTEILICHEN FRAUENINITIATIVE.

Carola von Braun, Sprecherin: Mitgründerinnen waren die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen: Ingrid Holzhüter, SPD-Fraktion, Elke Herer, PDS-Fraktion, Sibyll Klotz, Fraktion Bündnis 90/ Grüne und engagierte Mitarbeiterinnen der Fraktionen. Wir freuten uns, dass unsere Anfragen Überall auf Interesse stießen. Insbesondere Christine Bergmann, Senatorin für Arbeit und Frauen, unterstützte das Vorhaben von Anfang an engagiert und gewann ihre Kolleginnen im Senat zur Mitarbeit: Jutta Limbach, damals Justizsenatorin, Ingrid Stahmer, damals Sozialsenatorin, und später auch die Nachfolgerin von Jutta Limbach, Lore-Maria Peschel-Gutzeit.

Gisela Vollradt, Ehrenmitglied: In der regelmäßig tagenden Kerngruppe von bis zu zwanzig politisch aktiven Frauen aus unterschiedlichen politischen Betätigungsfeldern und mit verschiedenen politischen Überzeugungen zeigte sich früh bei der kontinuierlichen Arbeit, wie wichtig es war, bei allen Differenzen den Willen zur überparteilichen Zusammenarbeit nicht nur zu haben, sondern auch zu praktizieren und zu pflegen.

Carola von Braun, Sprecherin: Dabei haben wir bei unserem Vorhaben intern immer wieder Schwierigkeiten überwinden müssen, und müssen es noch. Besonders schwierig war Überparteilichkeit natürlich in Wahlkampf-Zeiten, wenn wir außerhalb der Fraueninitiative sogar Konkurrentinnen um Wahlstimmen sein können. Wir mussten auch erst mühsam lernen, die „normalen“ Kämpfe zwischen Regierungsbank und Opposition aus der Fraueninitiative herauszuhalten.



Elke Herer, Ehrenmitglied: 20 Jahre Überparteiliche bedeutet für mich 20 Jahre politisch übergreifendes Handeln und gegenseitiges Lernen. In einer Zeit, als die PDS von den anderen Parteien im Parlament vor allem gemieden wurde und wir einen schweren gesellschaftlichen Stand hatten, gab es Frauen aller Fraktionen, die sich im Abgeordnetenhaus zusammenfanden, um gemeinsam gegen frauenpolitische Ungerechtigkeiten vorzugehen. Natürlich gab es anfangs heiße Debatten aufgrund unterschiedlicher Positionen oder es erfolgte politischer Druck auf einzelne Frauen, unser Bündnis nicht über Parteiinteressen zu stellen. So musste die CDU-Abgeordnete sehr bald die aktive Arbeit in der Überparteilichen einstellen, weil eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht erwünscht war. Trotzdem gab es stets Aktionen an denen alle

Parteien beteiligt waren und übereinstimmende Positionen zeigten, wie z.B. bei der Initiative „Frauenförderung in das Grundgesetz bzw. in die Berliner Verfassung“.

Die Anfangsjahre der Überparteilichen fielen in die Zeit des Aufbruchs und der neuen Ideen in der PDS. In zum Teil sehr komplizierten Debatten setzten wir uns innerhalb der Partei auch mit feministischem Gedankengut auseinander. Dabei war für mich die Überparteiliche Fraueninitiative „Berlin-Stadt der Frauen“ aus Abgeordneten, Wissenschaftlerinnen, Projektfrauen, Senatorinnen, Gewerkschafterinnen und anderen eine Fundgrube an neuen Erfahrungen. Heute ist die Überparteiliche Fraueninitiative für mich ein erfolgreiches frauenpolitisches Bündnis, das zu Recht Anerkennung in Berlin, aber auch bundesweit erreicht hat, weil es sich unter feministischem Aspekt gegenwärtigen Themen zuwendet, z.B. im transkulturellen und interreligiösen Lernhaus, sowie sich vorausschauend neuen Fragen widmet, u.a. der demografischen Entwicklung unter geschlechtsspezifischen Aspekten.

Dr. Sibyll-Anka Klotz, Ehrenmitglied: 1991 kam ich mit dem Mandat des Unabhängigen Frauenverbandes auf dem Ticket der Alternativen Liste in das erste Gesamt-Berliner Abgeordnetenhaus. Der Unabhängige Frauenverband hatte sich auch aus dem Selbstverständnis heraus gebildet, dass es über Parteigrenzen hinweg und auch außerhalb von Parteien gemeinsame frauenpolitische Interessen gab und gibt. Im Abgeordnetenhaus erlebte ich, dass es starke Frauen gab, die es im Haushaltsausschuss, als Fraktionsvorsitzende oder Senatorin zu Einfluss gebracht haben. Dass etliche von ihnen u.a. Christine Bergmann, Carola von Braun und Jutta Limbach für Emanzipation, Gleichberechtigung und ökonomische Unabhängigkeit von Frauen eintraten, fanden wir ermutigend. Und die Erfahrung, dass wir etwas erreichen können, wenn wir – bei Bedarf mit den verteilten Rollen von Regierung und Opposition – vorgehen, hat uns dabei auch noch Spaß

gemacht. Funktioniert hat das, weil wir für die unterschiedlichen Rollen und Zwänge Verständnis hatten und vertraulich blieb, was vertraulich bleiben sollte. So wichtig das außerparlamentarische Standbein, die Verbände und Projekte, war, das Pflichtbetätigungsfeld der damaligen Überparteilichen Fraueninitiative, war die Politik des Berliner Abgeordnetenhauses. Last but not least war die Sympathie untereinander, der Respekt für die politische Anstrengung und Leistung der jeweils Anderen – bei allen politischen Unterschieden – für mich auch eine Motivation vor nun mittlerweile 20 Jahren die Überparteiliche Fraueninitiative mit zu gründen. Herzlichen Glückwunsch!



Kodex

Die alten Streitrituale zwischen Regierungsfaktionen und Opposition, Parlamentarierinnen und Regierungsmitgliedern, autonomer und institutionalisierter Frauenbewegung werden nicht akzeptiert. Niemand wird „vorgeführt“, niemand wird überstimmt. Wenn ein Name oder eine Institution als Mitorganisatorin oder Unterzeichnerin im Zusammenhang mit der Überparteilichen genannt wird, muss die Person oder Institution informiert und einverstanden sein. Jede Frau arbeitet als **P e r s o n** in der Überparteilichen, sie kann ihre Mitarbeit nicht delegieren. So wird personelle Kontinuität in Diskussion und Aktion sichergestellt. Für das Handeln der Überparteilichen nach außen muss Konsens erzielt werden. Letzter Punkt, vielleicht nicht der unwichtigste: Wir machen keinerlei Lobby-Politik. Für keine Partei, für keine Organisation.

Anmerkung: 1999 wurden die Regeln noch ergänzt:

Für das Handeln der ÜPFI nach außen muss Konsens erzielt werden. Keine Frau wird unter Druck und Rechtfertigungszwang gesetzt. Statt der Gegensätze stehen die möglichen Gemeinsamkeiten im Vordergrund. Es gilt, jeweils den gemeinsamen Nenner zu finden. Wenn der Nenner zu klein ist, wird auf Aktivität verzichtet oder es gibt sie außerhalb der ÜPFI.



Zusammenarbeit 1992 - 1996

ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin 1992 - 2012
www.berlin-stadtderauen.de

Berlin - Stadt der Frauen

Chronik der wichtigsten Aktivitäten I

Aktivitäten 1992 - 1996

11/1992 Nationalismus, Sexismus, Rassismus: Runder Tisch, Presseerklärung
12/1992 Internationaler Tag der Menschenrechte: Presseerklärung
02/1993 Frauen in bester Verfassung: Verfassungspolitischer Runder Tisch
03/1993 Brot und Rosen Politisches Frauenfrühstück, Erklärung
07/1993 Stieftöchter der Alma Mater: Podiumsdiskussion
07/1993 Erhalt Frauen-Forschungs-Förder-Programme, Unterstützung durch Briefaktion
08/1993 Fünfzig Jahre Rote Kapelle: Gedenken und Erklärung
09/1993 Berliner Frauen-Gesundheits-Projekte: Presseerklärung gegen Mittelstreichung
10/1993 Hilfe statt Strafe – Frauen im Strafvollzug: Podiumsdiskussion und Verabschiedung eines Forderungskatalog
12/1993 Reflexion der Arbeit, ÜPFI stellt sich der öffentlichen Diskussion
03/1994 Frauenstreiktag 1994: Presseerklärung und Pressekonferenz
03/1994 Pressekampagne gegen Marlies Dürkop HU, Unterstützungsangebot (Brief)
04/1994 Berliner Fraueninfrastruktur erhalten/ausbauen! Presseerklärung zum Nachtragshaushalt
05/1994 „Tausche Frauenbeauftragte gegen Eis-Stadion“, Protestbrief an Stadtrat
06/1994 Frauen-Medien-Macht: Öffentliche Podiumsveranstaltung
09/1994 Frauensendung Zeitpunkte gefährdet: Protestbrief an Intendant SFB
09/1994 Frauenverachtende Werbung: Protestbrief an den Deutschen Werberat
10/1994 Frauen nehmen Euer Wahlrecht wahr!: Aufruf zur Bundestagswahl 1994
10/1994 Kritik/Vorschläge für die deutsche Delegation: Brief an BM Merkel zur Weltfrauenkonferenz in Peking
10/1994 und 05/1994 Frauenrechte in die Berliner Verfassung! Pressekonferenz und Unterschriftensammlung
11/1994 Existenzgründungen von Frauen: Öffentliche Podiumsdiskussion
12/1994 Arbeitsschwerpunkt Immigrantinnen erhalten: Brief an BM/Stadträtin Schöneberg
01/1995 Sexistisches Werbeplatat /Kaiser's: Protestbrief an den Deutschen Werberat
02/1995 und 04/1995 Reflexion der Arbeit: Fragebogenaktion und Seminartag
08/1995 Unterstützung Ban Ying: Unterstützungsbriefe an Ingrid Stahmer
08/1995 ÜPFI-Frauen in Peking zur Weltfrauenkonferenz
10/1995 Forderung frauenpolitischer Akzente: Offener Brief an Berliner Abgeordnete
01/1996 Verwaltungsreform: Info-Veranstaltung mit Gewerkschaftsfrauen
02/1996 Forderung der Haftentlassung von Leyla Zana: Brief an den Menschenrechts- und weiteren Gefangenenbeauftragten der Bundesregierung
06/1996 Frauen-Forschungs-Förderung Programm: Presseerklärung zur Kritik des Landesrechnungshofes
11/1996 Europa der Bürgerinnen: Erarbeitung Kongresskonzept

50 JAHRE ROTE KAPELLE

FRAUEN-STREIKTAG

FRAUEN-RECHTEN IN DIE BERLINER VERFASSUNG

WELTFRAUEN-KONFERENZ

VEREINS-GRÜNDUNG



ÜberParteilicheFrauenInitiative

Berlin

1992 - 2012

www.berlin-stadtderrfrauen.de

Berlin - Stadt der Frauen

Vereinszweck

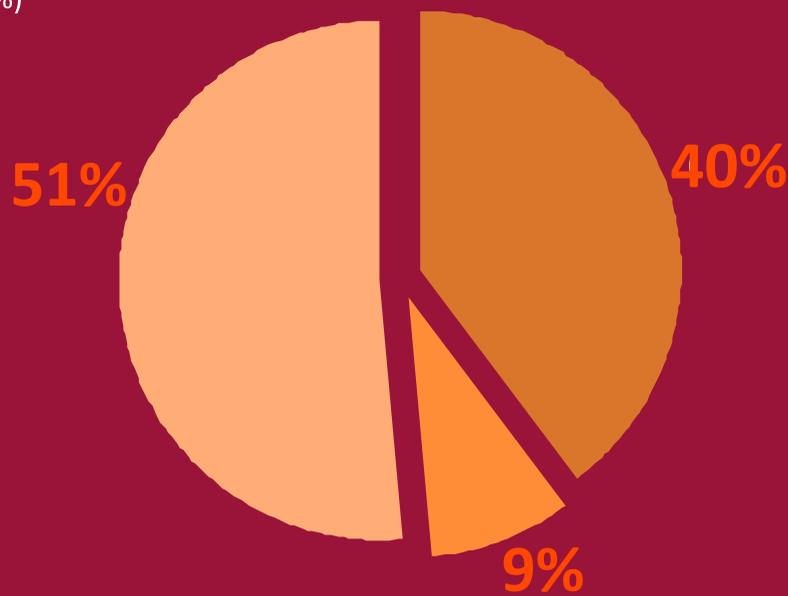
Ziel des Vereins ist es , die Partizipation von Frauen in politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu stärken.
Der Verein hat insbesondere folgende Aufgaben:

- das demokratische Staatswesen, insbesondere die Berücksichtigung frauenspezifischer Themen und damit die Gleichstellung von Frauen und Männern zu fördern
- den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen frauenpolitischen Akteurinnen innerhalb und außerhalb von Institutionen zu fördern
- über politische Grenzen hinweg eine Öffentlichkeit für frauenrelevante Themen in Berlin herzustellen, die Arbeit von Frauen in Regierung, Parlament, Parteien, Organisationen und nicht institutionellen Bereichen in Berlin und darüber hinaus zu unterstützen und wirksamer werden zu lassen
- den Gedanken der Überparteilichen Bündnisse über Berlin hinaus zu verbreiten, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen ähnlichen Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken.

Zur Verwirklichung des Vereinszwecks sucht der Verein den Austausch mit und die Unterstützung von Frauen in Regierungsämtern, Parlamenten, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und anderen öffentlichen Einrichtungen, sowie aus der Wirtschaft und anderen privaten und nichtinstitutionellen Bereichen.

Kerngruppen des politischen Bündnisses (Grafik)

- > Frauen aus allen Parteien des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen von Berlin und ihre Mitarbeiterinnen (51%)
- > Senatorinnen und Mitarbeiterinnen ihrer Senats- Verwaltungen (40%)
- > Frauen aus Gewerkschaften, Hochschulen, Medien, sozialen Einrichtungen, Frauenorganisationen, Frauenprojekten verschiedener Tätigkeitsbereiche und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (9%)



Vorstandsfrauen seit der Gründung

1996 bis 2000:

Carola von Braun, Dr. Carmen Giese, Gisela Vollradt, Elke Herer; ab 1997 : Margrit Zauner, Almuth Nehring

2002 bis 2003:

Carola von Braun, Pia Kaiser, Gisela Vollradt, Elke Herer, Christine Rabe , Rosemarie Kaersten

2003 bis 2006:

Carola von Braun, Pia Kaiser, Monika Wissel, Petra Tesch, Anke Domscheit

2006 bis 2008:

Carola von Braun, Monika Wissel, Uta Denzin von Broich-Oppert, Pia Kaiser, Astrid Vonhof

2008 bis 2010:

Carola von Braun, Monika Wissel, Pia Kaiser, Uta Denzin von Broich- Oppert, Christel Wietusch

2010 bis 2012:

Carola von Braun, Pia Kaiser, Uta Denzin von Broich- Oppert, Christel Wietusch, Judith Brandner

Derzeitiger Vorstand:

Carola von Braun, Pia Kaiser, Uta Denzin von Broich- Oppert, Christel Wietusch, Kerstin Wietusch

Auszeichnungen von Vorstandsfrauen

Carola von Braun

erhielt am 15. April 2010 im Roten Rathaus für ihre außerordentlichen Leistungen in der Überberparteilichen Fraueninitiative und in vielen anderen (frauen-) politischen Bereichen des Landes das Bundesverdienstkreuz.

Monika Wissel

wurde im April 2005 das Bundesverdienstkreuz verliehen. Sie hat sich in vielfältigen Frauenprojekten engagiert und Verantwortung übernommen. Stets hat sie Frauen ermuntert, in schwierigen Situationen ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und mit Hilfe zur Selbsthilfe unterstützt.

Anke Domscheit- Berg

erhielt am 8. März 2010 für innovative Arbeit im Bereich Wirtschaft und Technologie den Berliner Frauenpreis.

Pia Kaiser, Gisela Vollradt und Petra Tesch

wurden vom Senat mit der Urkunde für Freiwilligenarbeit ausgezeichnet.

Vereinsgründung 1996

ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin 1992 - 2012
www.berlin-stadtderauen.de



Berlin - Stadt der Frauen

Chronik der wichtigsten Aktivitäten II

Aktivitäten 1997 - 2005

02/1997 Mehr Teilnehmerinnen an Architekturwettbewerben: Brief an die Senatsbauverwaltung Frauen (Volks-) Sarah Hagar

03/1997 Internationaler Frauentag: Pressekonferenz **05/1997** „Wenn Begehren“: Öffentliche Podiumsveranstaltung mit Frauen der Österreichischen Initiative Volksbegehren **09/1997** „Weltwärts Schwestern!“ Veranstaltung mit der SPD Fraktion des AGH: Frauenpolitische Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit **1998** „Europa – Union der Bürgerinnen“ Kongress mit über 300 Teilnehmerinnen aus 26 Ländern **1999** „Europa der Frauen in guter Verfassung? Charta der Grundrechte oder Verfassung für die Europäische Union“ Podiumsdiskussion mit KandidatInnen aller Parteien für das Europaparlament **20.1.2000** Neujahrsempfang **10/2001** Erarbeitung Wahlprüfsteine: In Kooperation mit weiteren Frauennetzwerken/-projekten **11/2001** Frauenrechte in Afghanistan: Podiumsdiskussion in Kooperation mit der interfraktionelle Frauengruppen Bundestagsfraktionen **11/2001** Beteiligung an der Fahnenaktion Femmes **10.1.2002** Überparteiliche Fraueninitiative erinnert von SPD und PDS an Wahlversprechen **2002** Leyla Zana wird im Gesetz sich in Brief an BM J. Fischer für ihre Freilassung ein **1.5.2002** ÜPFI unterstützt Aufruf der Berliner Initiative Berlin gegen Rassismus zum Thema Gender Budgeting **05/2002** Mehr als nur 0,07 % des Haushalts für Frauen: ÜPFI informiert zum Thema Gender Budgeting **08/2002** Kongress „Gleichberechtigung - Verfassungswirklichkeit in Deutschland“ anlässlich des 10jährigen Bestehens der Überparteilichen Fraueninitiative **20.8.2002** Offener Brief der ÜPFI an die ModeratorInnen der „Kanzlerduelle“ in ARD/ZDF bzw. RTL/SAT1 **5.9.2002** Überparteilicher Wahlaufzur Bundestagswahl **09/2002** und **11/2002** Aktiventreffen befasst sich mit „Hartz-Papier“ Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ **10/2002** Start des ÜPFI-Projekts „Sarah Hagar“ - Religion, Politik, Gender **12/2002** Aktiventreffen zum Thema: Überparteiliche Frauenpolitik, Erfahrungen und Resümee **29.1.2003** Neujahrsempfang **02/2003** Offener Brief Wahl Intendantin RBB **02/2003** ÜPFI dankt den mutigen Frauen der Rosenstraße (Blumen) **04/2003** Aktiventreffen mit Senator Wolf **05/2003** Aktiventreffen mit Bürgermeisterin und Senatorin Karin Schubert **06/2003** Podiumsdiskussion: Was bringt „Hartz“ für Frauen? In Kooperation mit dem Deutschen Frauenrat, Berliner Frauenbund, Deutscher Juristinnenbund: Offener Brief an Mitglieder des deutschen Bundestag verabschiedet **08/2003** Veranstaltung: „Wer nicht hat, der wird nichts gegeben“ der AG Hartz **10/2003** Offener Brief der Berliner Frauenverbände zum Gesetzentwurf „Hartz III/IV“ an Mitglieder des deutschen Bundestag, Mitglieder des Abgeordnetenhaus, Senator für Wirtschaft Arbeit und Frauen, Vorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit **10/2003** Veranstaltung: „Brustkrebs und Public Health: Brustkrebsaufklärung und Prävention als politische Herausforderungen“ **11/2003** Finanzsenator Sarrazin der ÜPFI und dem Berliner Frauenbund 1945 **28.1.2004** ÜPFI setzt sich für Unisextarife bei Riester-Rente ein: **05/2004** Das Politische im Religiösen, das Religiöse im Politischen; Religionspolitische und Gender - ein entscheidendes Zukunftsthema: Rede von Carola von Braun auf dem Abschlusskongress **05/2004** Unterstützung der Bundesschweren Kandidatur von Gesine Schwan, Initiative 8. März

05/2004 Kooperationsveranstaltung mit dem Berliner Frauenrat: Podiumsdiskussion: Wie weiblich ist Europa? Frauenrechte in der europäischen Verfassung und die Antidiskriminierungsrichtlinien **06/2004** Aktiventreffen mit Berlins Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz Dr. Heidi Knake-Werner **08/2004** Informationsveranstaltung: Staatliche Rente und private Altersvorsorge für Frauen **10/2004** Tagung der AG „Hartz“: Politik und ihre Auswirkungen auf Frauen im europäischen Vergleich **11/2004** Würfe und Leitbilder von Frauen im europäischen Vergleich **11/2004** Treffen mit Berlins Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junfermann **26.1.2005** Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Podiumsdiskussion „Gleichstellung in der Wirtschaft- Quo Vadis?“ Veranstaltung der ÜPFI mit der interfraktionellen Frauengruppe im Bundeszentrum der Humboldt Universität Berlin **02/2005** Preisverleihung für das Projekt Sarah-Hagar: Politik-Religion und Toleranz **02/2005** Von der Kriechspur auf die Überholspur?!? - Wie kann deutsche Gleichstellungspolitik vom europäischen Mainstream profitieren? Kooperationsveranstaltung: Überparteiliche Fraueninitiative v e Berlin, Berliner Frauenbund, Arbeitsgruppe „Hartz“ unter Beteiligung weiterer Frauenverbände **02/2005** Aktiventreffen zum Thema „Friedenssicherheitsrates“ **05/2005** ÜPFI braucht Frauen: Zur Arbeit des Ausschusses für ein Europa ohne Rassismus“ an. Anlässlich des geplanten Aufmarsches von Neonazis am Brandenburger Tor am 8. Mai unterstützt die Überparteiliche Fraueninitiative den Aufruf der Initiative „Europa ohne Rassismus“ und gehört zu den Erstunterzeichnern. **05/2005** Start des Sarah-Hagar-Nachfolgeprojekts „Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen“

SARAH HAGAR

KONGRESS EUROPA-UNION DER BÜRGERINNEN

ERSTER NEUJAHRSEMPFANG

UNISEX TARIFE

WAHLPRÜFSTEINE

TRANSKULTURELLES UND INTERRELIGIÖSES LERNHAUS DER FRAUEN



Berlin - Stadt der Frauen

Aktion Rosenstrasse

ÜPFI dankt den mutigen Frauen der Rosenstraße
Der erweiterte Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative legte heute - aus Anlass des 60. Jahrestages der Protestaktion von mutigen Frauen in der Rosenstraße - Blumen am Denkmal nieder und bedankte sich in einem offenen Brief bei den Frauen für ihren Mut und ihre Zivilcourage.

Liebe Gisela Mießner, liebe mutige „Frauen der Rosenstraße“, wie in jedem Jahr, so werden Sie sich auch an diesem 28. Februar gemeinsam mit vielen anderen treffen, um der jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft und der Ereignisse der Fabrikaktion zu gedenken. In diesem Februar ist es 60 Jahre her, dass die auf der Wannseekonferenz beschlossene sogenannte „Endlösung der Judenfrage“ vollzogen werden sollte. Im Februar 1943 lebten noch etwa 27 000 jüdische Menschen in Berlin: 27 000 Männer, Frauen und Kinder, deren Leben im Verlaufe der Fabrikaktion ausgelöscht werden sollte. Die deutsche Reichshauptstadt sollte frei von jüdischen MitbürgerInnen sein. Ihr Weg in das Gas war minutiös geplant.

Das dieser mörderische Plan so nicht umgesetzt wurde, dass wenigstens dieses Verbrechen nicht so umfassend, wie geplant, geschehen konnte, ist Ihnen, den „Frauen der Rosenstraße“ zu verdanken. Sie haben mit einer Aufsehen erregenden Aktion Zivilcourage bewiesen und mit diesem Mut der Verzweiflung Ihre jüdischen Männer und Kinder vor dem sicheren Tod bewahrt. Sie haben ein Zeichen gesetzt, auf das damals die Todesstrafe stand. Ihre Aktion in der Rosenstraße zur Befreiung Ihrer Männer, Kinder und Angehörigen war der erste große öffentliche Protest im Nationalsozialismus und das in Berlin, über mehrere Tage und mit Erfolg. Dafür achten wie Sie und dafür danken wir Ihnen. Diese Aktion darf niemals in Vergessenheit geraten. Dazu haben wir - die „Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen“ vor zwei Jahren mit unserer Gedenkveranstaltung am Denkmal in der Rosenstraße einen Beitrag geleistet und wir möchten das auch weiterhin tun. Heute möchten wir Ihnen nochmals auf diesem Wege unsere größte Hochachtung dafür aussprechen, dass Sie bereit waren Ihr Leben zu opfern, um das Ihrer Liebsten zu retten. Wir wünschen Ihnen und uns, dass Ihre mutige Tat auch in unserer Zeit ein beispielgebendes Signal für Zivilcourage bleibt.

Wir grüßen Sie in herzlicher Verbundenheit und wünschen Gesundheit und weiterhin viel Kraft.

Kongress: Europa - Union der Bürgerinnen

Perspektiven, Bündnisse, Strategien für eine globale Zukunft

Ein Internationaler Kongress der ÜPFI 21.-23. Mai 1998 in Berlin mit 300 Frauen aus 26 Ländern. - Politikerinnen, Vertreterinnen internationaler Organisationen, Mitglieder von Nicht-Regierungs-Organisationen, engagierte Frauen von liberal bis links, aus Forschung, Wissenschaft, Kirche, Gewerkschaftendiskutierend drei Tage über die Zukunft Europas, Wege zur Durchsetzung von Bürgerrechten für alle Frauen und Vorstellungen zur Geschlechterdemokratie.

Die Senatorin für Frauen Christine Bergmann mahnte: Wenn wir jetzt nicht aufpassen, wird es „gefährlich“! Konservative Zukunftskommissionen wollen im Zeichen der Globalisierung Frauen aus der Erwerbsarbeit in die ehrenamtliche Arbeit abdrängen. Engagierte müssten sich zusammenschließen um eine sozial gerechte und Gleichberechtigung geprägte Zukunft mit zu gestalten.

Die Bundesministerin für Gesundheit, Andrea Fischer, führte aus: wenn wir uns andere europäische Zusammenkünfte anschauen, entsteht häufig der Eindruck, das Europäische Haus werde ausschließlich von Bauherren konstruiert. Die Debatte wird bestimmt, von der Erkenntnis, dass die Lage der Frauen in Europa sehr uneinheitlich ist. Es gibt viele Verliererinnen dieses Globalisierungsprozesses.

Die damalige Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger setzte sich für eine Grundrechtscharta in der europäischen Verfassung ein.

Marianne Eriksson, schwedisches Mitglied des Europaparlaments beklagt den Demokratieverlust in der Europäischen Union. Die Amerikanerin Saskia Sassen beschreibt die Vorteile der Migration für das Zusammenleben in Großstädten. Elke Herer, ebenso Mitorganisatorin und Mitglied der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, betonte vor Journalisten den Aspekt der in Europa lebenden Migrantinnen. Sie plädierte für ein eigenes Aufenthaltsrecht von Migrantinnen und die Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe.

„Männer und Frauen müssen gemeinsam kämpfen. Wir sind Partner, nicht Gegner“, sagt Danielle Mitterand, die Witwe des französischen Präsidenten.

„Wir wollen die internationale Vernetzung der Frauen-Initiativen wieder zum Leben bringen“, sagte Carola von Brauen als wichtiges Ziel.

Ein viel zitiertes Motto auf dem Kongress „Europa soll kein Herrenclub werden“.

Es wurde eine Erklärung verabschiedet, die mehrheitlich angenommen wurde.

Zusammenarbeit mit der Überfraktionellen Arbeitsgruppe des Bundestages

Während der „Tage der Einblicke und Ausblicke“ des Deutschen Bundestages vom 23. August - 27. August 2000 hat es auf Initiative der Abgeordneten des Bundestages Ulla Schmidt SPD, Rita Süsmuth CDU, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger FDP, Monika Knoche Bündnis 90/Die Grünen, Petra Bläss PDS einen fraktionsübergreifenden gemeinsamen Fraueninformationsstand mit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin im Reichstag gegeben.

Es wurde zu folgenden Themen beraten und diskutiert:

Frauenrente; Frauen und Bundeswehr;
Frauen und Ehrenamt,
Zwei Jahre rot-grüne Frauenpolitik;
Frauen, Politik und Macht;
Frauen und Bildung; Zusammenarbeit von Parlamentarierinnen und Frauennetzwerken;
Frauen und Gesundheitspolitik;
Frauen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf.



Kongress: Demografischer Wandel und Gender – ein blinder Fleck?



Berliner Anforderungen an Politik und Wissenschaft für eine gendergerechte Gestaltung des demografischen Wandels am 29. August 2007

Almuth Nehring-Venus, Staatssekretärin für Wirtschaft, Technologie und Frauen



Eckpunkte einer gender- und generationsgerechten Perspektive für die Stadt Berlin
Dr. Ulla Regenhard, COCOTRAIN, Berlin: Gender im Abseits des demographischen Wandels

Prof. Dr. Jutta Allmendinger und Christian Ebner, Doktorand, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung:
Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt heute und in Zukunft

Dr. Eva Schulze, Berliner Institut für Sozialforschung:
Berlinspezifische Ansätze zur Bewältigung des demographischen Wandel



Dr. Pia Kaiser und Carola v. Braun, Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen aus der Tagung

Die vorherrschende wissenschaftliche Literatur und mediale Berichterstattung zum Thema Demographischer Wandel lässt eine ausgewogene, geschlechtersensible Sichtweise weitestgehend vermissen. Die gängige These lautet, dass Frauen - wer sonst! - am eklatanten Geburtenrückgang in Deutschland und deren sozialpolitischen Folgen Schuld sind. Angestiftet von Feministinnen stellten sie ihre persönliche berufliche Karriere über das Aufziehen von Kindern.

Das Ziel der Fachtagung war es, dieser verkürzten und frauenfeindlichen Ansicht eine geschlechtersensiblere Einschätzung entgegen zu stellen. Die wissenschaftlichen und politischen Beiträge präsentierten Ideen für eine gendergerechte Gestaltung des demographischen Wandels sowie geschlechtersensible Anforderungen an Politik und Wissenschaft.

Aus dem abschließenden Dialog zwischen diesen Politikerinnen, dem Publikum der Tagung und der Wissenschaftlerinnen sowie den Vorträgen, hat die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen, folgende Schlussfolgerungen gezogen:



Wir brauchen in Deutschland:

1. gesellschaftliche Strukturen, die das „Hauptnährermodell“ in den steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen durch ein gleichberechtigtes, Familien mit Kindern unterstützendes Rollenmodell ablöst. Dies ist eine Aufgabe von Bund und Ländern. Berlin sollte hierbei Vorreiter sein.
2. eine ausgeglichene „Work-Life-Balance“ für Männer und Frauen, familienfreundlichere Arbeitsplätze und Arbeitszeiten und eine Entzerrung der Phase, in der Frauen Kinder bekommen/aufziehen sollen und sich gleichzeitig um die Pflege der Eltern-, Großeltern kümmern sollen durch z.B. Unterstützung von jungen Müttern/Vätern in Ausbildung und Studium, dafür ggf. auch längere Lebensarbeitszeiten. Dies ist eine Aufgabe von Wirtschaft und Politik. Berlin könnte hier Zeichen setzen in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern.



Wir brauchen in Berlin:

3. eine quantitativ und qualitativ bessere Betreuung für hilfebedürftige Familienmitglieder.
4. eine Bildungsoffensive, die insbesondere Fördermaßnahmen in Kitas und Grundschulen, die Abschaffung der Hauptschulen, mehr gemeinsames Lernen, Kitagutscheine oder kostenlose Kinderbetreuung beinhaltet, die Mädchen und Jungen für ein breiteres Berufsspektrum gewinnt (mehr Mädchen in naturwissenschaftlich-technische Berufe, mehr Jungen in soziale und sonstige Dienstleistungsberufe), die verstärkt Jungen anspricht, insbesondere mit Migrationshintergrund, die gezielt Qualifizierungs- und Arbeitsmarktprogramme für Ältere und Menschen mit geringer Qualifizierung ansprechen.
5. besser aufgearbeitete, aussagekräftige geschlechtsspezifische Daten (z.B. eine GenderData-Bank) für die gesamte interessierte Öffentlichkeit.
6. bessere arbeitsmarktpolitische Programme für Ältere und für junge Menschen mit einem zu niedrigem Bildungsniveau.



Die anwesenden Politikerinnen verabschiedeten sich mit dem Versprechen, die Ergebnisse der Tagung in die Beratungen der Berliner Enquetekommission Demographischer Wandel einzubringen.

Aktionen I

ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin 1992 - 2012

www.berlin-stadtderafrauen.de



Berlin - Stadt der Frauen

Chinareise

Auf Einladung der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin und in Kooperation mit dem Landesfrauenrat Berlin nahmen 20 Teilnehmerinnen an einer politisch und zivilgesellschaftlich orientierten China-Reise in der Zeit vom 26. Oktober bis 10. November 2007 teil. Die Teilnehmerinnen kamen aus allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und anderen politischen Organisationen. Das berufliche Feld der Teilnehmerinnen war ebenso breit gestreut wie die Generationenzugehörigkeit. Die Teilnehmerinnen reisten auf eigene Kosten. Reiseziel und -programm Ziel der Reise war es, Kenntnisse zu entwickeln bzw. zu vertiefen über die gegenwärtige frauen-, gender- und familienpolitische Situation, die damit zusammenhängenden politischen Entwicklungen in der Arbeitsmarkt, Rechts-, Bildungs-, und Sozialpolitik in der Volksrepublik China und der Hauptstadt Peking. Das Besuchsprogramm enthielt umfangreiche Fachgespräche und -besichtigungen mit Vertreter/Innen von fachlich und politisch relevanten Einrichtungen und Organisationen in Partei, Gewerkschaft, Frauen- und anderen Organisationen der Stadt.



bei Gelegenheit mit anderen zivilgesellschaftlichen auch Frauen-Gruppen zu wiederholen.

Die Chinesische Frauenorganisation (wir wurden von der Vize-Vorsitzenden der Pekinger „Womens Federation“ empfangen und bei fast allen Programmteilen begleitet ist erkennbar ein politisch ernst genommener und in der höheren Parteihierarchie verankerter Bestandteil des politischen Instrumentariums. Es war deutlich, dass unsere Gesprächswünsche von der Chinesischen Frauenorganisation unterstützt worden waren und man sich dort eine Fortsetzung der Kontakte erhoffte.

Die erst wachsende „China Association of Women Entrepreneurs“ (CAWE) mit Vizepräsidentin Shi Qing Qi bot das offenste im westlichen Sinne Gespräch über die Chancen und Probleme für Unternehmensgründerinnen und den wachsenden Mittelstand in Peking/China an. Dadurch, dass wir auch Vorzeige-Betriebe von Unternehmerinnen besichtigen konnten und erste Eindrücke von Arbeitsbedingungen dort sammeln konnten, wardiesaus unserer Sicht der ertragreichste Programmteil. Auch diese Gesprächspartnerinnen waren stark an einer Fortsetzung der Kontakte interessiert.

Medien: wir konnten einen Einblick in die Arbeit ausländischer Journalisten gewinnen und damit auch über die Berichterstattung und ihre Arbeitsbedingungen vor Ort.

Ergebnis: die Handlungs- und Recherche-Freiheit der westlichen Medien in China ist nach wie vor sehr eingeschränkt, aber etwas freier als in früheren Jahren, möglicherweise auch mit Blick auf die Olympiade 2008. Eine Berichterstattung zu problematischen Entwicklungen oder Ereignissen wird zugelassen, wenn sie nicht mit „Systemkritik“ verbunden ist und von der Regierungsebene als „konstruktiv“ betrachtet wird. Die Berichterstattung der Medien über China in Deutschland/Berlin wird - von den Teilnehmerinnen im Nachhinein besehen als vorwiegend problematisierend angesehen, über die positiven Entwicklungen in China wird kaum berichtet.



Das Programm wurde aufgebaut anhand der vorab gemeldeten politischen Interessen der Teilnehmerinnen. Dank der erheblichen Unterstützung und kenntnisreichen Vermittlung durch das Senatskanzlei-Referat „Ostasien/Städtepartnerschaften mit Peking und Tokio“ Herrn Jörg Tramm, gelang es, einen großen Teil der angemeldeten Gesprächs- und Informationswünsche in einem dichten und informativen Programm zu verwirklichen. Bei den Delegations-Teilnehmerinnen hat die Reise dank dieser intensiven Einführung und Vorbereitung einen tiefen Eindruck hinterlassen, es entwickelten sich diverse Ideen und Kontaktvereinbarungen für politische und berufliche Kooperationen auf beruflicher und politischer Ebene, die im Laufe der Zeit sicher zum Tragen kommen werden.

Erste Ergebnisse waren:

Das ARD-Büro Peking informierte sich über die Zielsetzung, die Gesprächspartner und die Zusammensetzung der Delegation und führte Interviews zu den Ergebnissen der Reise durch. Der Bericht wurde inzwischen mehrfach in Info-Radio Berlin gebracht.

Astrid Vonhoff: Unternehmensberaterin für das Gesundheitswesen wurde kurzfristig eingeladen, auf dem Internationalen Kongress der „China-Association of Women Entrepreneurs“ Ende November zu sprechen und erklärte sich auch bereit dazu. Sie reiste erneut an, ihr Vortrag wurde auf Englisch in den Kongress-Unterlagen abgedruckt. einzuladen“. Erste Kontakte zum Düsseldorf China Center (DCC) und zum Deutsch-Chinesischen Handelsverband, der in Düsseldorf ein Chinese Trade Center plant, wurden inzwischen aufgenommen.

Der Deutsche Juristinnenbund (DJB) hat – wegen seiner juristischen Fachexkursion im Februar 2008 nach Peking – Interesse an einer Kooperation angemeldet. Unsere Delegation wird Anfang Januar 2008 die DJB-Bundesvorsitzende zu einem Erfahrungsaustausch treffen. Die Delegationsteilnehmerinnen vereinbarten als Ergebnis dieser Reise, verschiedene Berliner Senatsmitglieder über die aus unserer Sicht politisch interessantesten Ergebnisse und Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Kooperation zwischen den Partnerstädten Peking und Berlin zu informieren. Wir legten dabei fest, nur die aus unserer Sicht handlungsrelevanten Einschätzungen und Vorschläge zu unterbreiten und von einer umfangreichen Berichterstattung abzusehen, da wir davon ausgehen, dass die einzelnen Senatsverwaltungen über Kontakte und Fachkenntnisse in ihrem Zuständigkeitsbereich verfügen.

Die Reise fand unmittelbar nach dem Chinesischen Parteikongress statt und mitten in den politischen Turbulenzen um die Einladung des Dalai Lama durch die Bundeskanzlerin. Auf unserer „Arbeits“ebene war davon nichts zu spüren: im Gegenteil. Es war deutlich, dass der Kontakt zu Deutschland und zur Partnerstadt Berlin geschätzt wurde und wir geradezu demonstrativ freundlich empfangen wurden. Staatssekretärin Frau Hou Yulan der Pekinger Stadtregierung erklärte sogar, dass der Empfang unserer rein zivilgesellschaftlichen und noch dazu Frauendelegation erstmalig sei (auch protokollarisch) und die Stadtregierung erwäge, dies

Frauen Sichten Politik West-Ost 1989-2009



Wir freuen uns darüber, dass der Kongress praktisch ausgebuht war und Frauen aus Ost und West zusammengebracht hat, die schon lange nicht mehr miteinander ins Gespräch gekommen waren. Das beweist, dass das Thema viele Frauen angesprochen hat.

Wir sind dankbar dafür, dass die Bundeszentrale für Politische Bildung diesen Kongress finanziell und inhaltlich unterstützt, von Anfang bis Ende des Kongresses mitverfolgt, und die Ergebnisse positiv bewertet hat. Ebenso dankbar sind wir für die inhaltliche Kooperation und Unterstützung unserer Netzwerk-Partnerinnen von der Redaktion „Zeitpunkte“, die den Kongress in ihrer Sendung angekündigt haben und auch danach noch darüber berichten werden. Auch die Tatsache, dass auf unserem Kongress zum ersten Mal die Intendantin des RBB – und Chefin der „Zeitpunkte“ – zum Thema des Kongresses Stellung nahm, beweist, dass wir für unser Thema Unterstützung im öffentlichen Raum gewonnen haben.

Die wichtigsten Ergebnisse des Kongresses in Stichworten – aus Beiträgen von Kongress-Teilnehmerinnen

Dieser Kongress hätte so vor zehn Jahren noch nicht stattfinden können. Dazu waren die Konflikte zwischen Ost und West, zwischen West und Ost, zwischen Ost und Ost noch zu groß, die Dialogformen eines Respekts auf gleicher Augenhöhe noch nicht gefunden.

Wir Frauen in Ost und West haben – wie wir überrascht feststellen – in den 20 Jahren seit 1989 schon mehr voneinander gelernt, als wir es wahrgenommen haben.

Wir Frauen in Ost und West haben in diesen 20 Jahren schon mehr gemeinsam durchgesetzt, als uns bewusst ist.

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind noch immens, aber auch die Differenzen zwischen Ost und Ost und zwischen West und West sind noch spürbar. Aber: sie sind versöhnbar, wenn wir angemessene Dialogformen entwickeln. Eine angemessene Dialogform setzt voraus: einen offenen Diskurs, wechselseitigen

Respekt vor der Ansicht und vor der Lebensleistung anderer Frauen, ein Gespräch auf gleicher Augenhöhe. Der Kongress hat hierzu viel beigetragen. Damit dieser begonnene Dialog verstärkt werden kann, brauchen wir eine (Re)Politisierung der Feminismus-Debatte. Die (Re)Politisierung der Feminismus-Debatte kann nur in Gang kommen mit einem Thema/einem Ziel, das viele Frauen bewegt.

Die sog. „Herdprämie“ ist ein Thema, das viele Frauen aus allen politischen Lagern bewegt, weil sie es ein Instrument betrachten, mit dem benachteiligten Kindern nicht geholfen wird und die gesellschaftliche Spaltung noch vertieft wird. Die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin wird sich dafür einsetzen, zusammen mit Parlamentarierinnen des Bundes, der Länder und der Kommunen, mit anderen Frauenorganisationen dass dieses politische Instrument nicht in Kraft tritt. Die gegenwärtige Arbeitskultur geht zu Lasten von Männern und Frauen, Kindern und Familien, auch von Unternehmen. Eine neue Arbeitskultur, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Wert anerkennt, die verschiedenen Stationen von Familiengründung und Karriere entzerrt, bleibt ein herausragendes Ziel aller politischen Arbeit. Sie bleibt Aufgabe aller frauenpolitisch aktiven Organisationen, auch der Überparteilichen Fraueninitiative. Bei der (Re) politisierung der Feminismus-Debatte soll der gesamteuropäische Aspekt einbezogen werden. Die Überparteiliche Fraueninitiative wird sich für die Durchführung eines Kongresses „Europa der Bürgerinnen“ einsetzen, in Kooperation mit der Europäischen Frauenlobby, dem Deutschen Frauenrat, dem Landesfrauenrat Berlin und anderen politischen Frauenorganisationen. Dieser Kongress soll insbesondere behandeln: die Lage der Migrantinnen in der EU, die Zukunft der Dienstleistungsberufe in der EU, Arbeitskulturen in Europa.



Gender Budgeting (GB) und ÜPFI

Bis Juni 2002 war das Ressort Haushaltspolitik in Berlin geschlechtsblind. Die BürgerInnen konnten aus den Zahlen nicht erfahren, wie die Geldströme des Staates, Männern und Frauen unterschiedlich zu Gute kommen. Der „Berliner Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung“ (Berliner GB Ini) ist es damals, mittels intensiver Lobbyarbeit gelungen, zusammen mit Unterstützerinnen aus anderen Frauenverbänden/Organisationen/Vereinen und Initiativen sowie aus den Fraktionen und der Verwaltung des Berliner Abgeordnetenhauses, geschlechtersensibles Haushalten in Berlin zu verankern. **So etwas hatte es in der Geschichte der deutschen Haushaltspolitik noch nicht gegeben.** Von nun an sollen die Haushaltspläne geschlechtersensibel gestaltet werden. Die Berliner Verwaltung unterzieht seither einzelne Haushaltsposten einer GB-Nutzenanalyse, d.h. einzelne Leistungen und Angebote des Staates werden nach Frauen und Männern ausgewiesen.

Im Mai 2002 informierten drei Frauen der Berliner GB Ini zum ersten Mal die aktiven Mitglieder der ÜPFI über das Thema Gender Budgeting. Dieser Kontakt blieb über die folgenden sechs Jahre erhalten, auch als im März die „Arbeitsgruppe Gender Budgeting und Verwaltung (AG GB)“ ins Leben gerufen wurde. Zu diesem Zeitpunkt schien der GB Prozess ins Stocken zu geraten. GB war ein völlig neues Konzept, die zuständigen Personen in Politik und Verwaltung waren mit der Umsetzung mehr oder weniger alleine gelassen. Die gelernten Kenntnisse der angebotenen Gender Trainings für diese Personengruppe waren noch nicht ganz in „Leib und Seele“ übergegangen. An dieser Stelle wollte die neue „AG Gender Budgeting und Verwaltung“ unterstützend wirken und den Dialog zwischen den unterschiedlichen, mit der Umsetzung des GB Prozesses befassten AkteurlInnen, fördern.

Die AG Mitglieder waren: **Ebba Christiansen (BFB, SenGesSoz und ÜPFI), Kirsten Dittmar (ASF-Berlin, SenGesSoz), Pia Kaiser (ÜPFI, Vorstand), Marlene Koelling (ASF-Berlin, SenGesSoz), Rene Parlar (GB Initiative, GM Beraterin) und Renate Winkler (Sen GesSoz., ehem. ÜPFI).**

Das ausdrückliche Ziel dieser AG und der späteren Veranstaltungen war es, der Politik konstruktive Anstöße für zukünftiges geschlechtsspezifisches Haushaltshandeln zu geben. Wir wollten den geschlechtsspezifischen Dialog zwischen Berliner GB-Initiativen, FachpolitikerInnen und der Haushaltsverwaltung fördern. Des Weiteren forderten wir mehr Transparenz von haushälterischem Verwaltungshandeln, um eine höhere Akzeptanz und Sensibilisierung bei den BürgerInnen für diesen hochkomplexen haushälterischen Prozess zu erreichen.

Unsere erste Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit dem Titel: „Geschlechtergerechtes Haushalten, Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt!“, fand am 13.02.2006, statt. **Klaus Feiler** (Senatsverwaltung für Finanzen, Vorsitzender der AG Gender Budget der Landeskommission Gender Mainstreaming) und **Renée Parlar** (Gender Budget

Initiative Berlin, externe Beraterin im Berliner Umsetzungsprozess) hielten die Einführungsvorträge. **Kirsten Dittmar** (Berliner Frauenbund 1945) verfasste einen realistischen Beitrag und die entsprechenden mit dem Thema befassten Abgeordneten aller Fraktionen, **Dilek Kolat, MdB, SPD; Dr. Stefanie Schulte, MdB, Linkspartei.PDS; Carsten Wilke, MdB, CDU; Jochen Esser, MdB, Grüne; und Mieke Sentfleh, MdB, FDP;** diskutierten mit uns.

Unsere zweite Veranstaltung, mit dem Titel: „Geschlechtergerechtes Haushalten in Berlin, Viel getan – Viel erreicht?“, fand am 07.05. 2007 statt und wieder waren VertreterInnen aller Fraktionen und Berliner Verwaltung beteiligt. **Iris Spranger** (Staatssekretärin für Finanzen) und **Prof. Dr. Christine Fährmann** (Externe Gender Budgeting Beraterin), hielten die Einführungsbeiträge.

Die Inhalte der beiden Veranstaltungen kreisten um die folgenden Fragestellungen: Inwieweit war gelungen, Gender-Budgeting von einem Pilotansatz zu einem haushaltspolitischen Regelverfahren weiterzuentwickeln? Wie weit sind die Arbeiten an einem übergeordneten gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm gediehen? Wie sieht die parlamentarische Begleitung des Gender-Budgeting-Prozesses konkret aus? Es wurde viel getan, wurde dadurch auch viel erreicht?

Was zu tun bleibt

Es wird Zeit noch einmal zu bilanzieren. Die Berliner Landesregierung hat bis 2008 sehr interessante geschlechtsspezifische Statistiken zusammengefasst und in für die BürgerInnen gut lesbaren Broschüren veröffentlicht. Diese Broschüren brauchen nun wieder ein Update. Mit der jetzt vorliegenden Fülle geschlechtsspezifischem Datenmaterial wäre es interessant weitere Informationen zu erhalten, zu den Themen: Was hat sich konkret für BürgerInnen geändert/verbessert? Welche gleichstellungspolitische Ziele wurden erreicht? Wo gibt es noch Probleme bei Umsetzung? Welche weitere Unterstützung braucht die Verwaltung bei der Umsetzung ihres Auftrages von den PolitikerInnen und BürgerInnen? Außerdem muss GB auch auf Bundesebene umgesetzt werden. international agierende Initiative BiGBudget fordert u.a. die Bundesregierung auf, die Ergebnisse der ihr vorliegenden „Machbarkeitsstudie Gender Budgeting im Bundeshaushalt, 2007“ öffentlich zu diskutieren und umzusetzen.



ÜberParteilicheFrauenInitiative

Berlin 1992 - 2012
www.berlin-stadtderrfrauen.de

Berlin - Stadt der Frauen

Sarah Hagar

Sarah Hagar startete im Oktober 2002.

Alle drei monotheistischen Religionen beziehen sich auf die Überlieferung von Abraham und dessen Bund mit Gott. Nach biblischer und koreanischer Überlieferung hat Abraham zwei Söhne von zwei verschiedenen Frauen, Ismael von Hagar und Isaak von Sarah. Durch diese Söhne werden beide Frauen zu Stammesmüttern ganzer Völker und stehen am Ursprung unterschiedlicher religiöser Traditionen, geraten aber zumindest nach biblischer Darstellung zugleich in einen Konflikt, der ökonomische, genderspezifische und soziale Dimensionen hat. So verkörpern sie die gemeinsamen Wurzeln, aber auch die Unterschiede und Spannungen zwischen den drei Religionen.

Die Auseinandersetzung mit diesen beiden unterschiedlichen Frauengestalten, mit den verschiedenen Aspekten ihrer Beziehung und den Konfliktlinien zwischen ihnen, stellt eine Herausforderung für einen heutigen interreligiösen Dialog dar. Sarah und Hagar stehen beispielhaft dafür, dass in einem Dialog die ökonomischen, sozialen und ethnischen Differenzen beachtet werden müssen. Sie zu thematisieren ermöglicht einen bewussten und reflektierenden Umgang mit ihnen. Nur wenn Konflikte auch benannt und als solche anerkannt werden, ist es möglich sie zu überwinden. Nur so können Formen der Kommunikation und des Zusammenlebens entwickelt werden, die nicht zu einem „Kampf der Kulturen“ führen, sondern Toleranz und wechselseitige Ergänzung ermöglichen. Das Projekt war ein Teil eines umfassenderen Prozesses, zu dem ein Beitrag zu leisten ist.

Alle Zielsetzungen waren insofern nicht als absolute Endpunkte zu begreifen, sondern als Schritte auf einem Weg. Analog dazu hatte auch der Aufbau des Projektes prozessorientierten Charakter. Eine Reihe von kleineren Veranstaltungen - „Workshops“, „Kooperationsveranstaltungen“ - mündete dann in einen größeren Kongress im Mai 2004, der seinerseits keinen Endpunkt darstellte, sondern neue Impulse produzieren sollte. Daran schloss sich dann das Projekt „Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus“ an. Das Projekt Sarah Hagar wurde im Februar 2005 mit einem Preis vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet.

Kooperationspartnerinnen: Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V., Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung, Jüdische Gemeinde zu Berlin, European Project for Interreligious Learning, HUDA-Netzwerk für muslimische Frauen, Bet Debora e.V. Frauenperspektiven im Judentum, Aktion Lila-Stola-Frauen in der Bewegung Wir sind Kirche, Katholischer Deutscher Frauenbund, European Society for Women in Theological Research, Deutscher Frauenrat, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Sarahs und Hagars Töchter Hessen, Projektleitung: Nane Klingspor



Transkulturelles und Interreligiöses Lernhaus

In dem vom Bundesministerium für Familie Senioren, Frauen und Jugend geförderten Modellprojekt qualifizierten sich Frauen in drei Lernhäusern im Verlauf eines zweijährigen Programms von 2006 bis 2008 zu Kulturmittlerinnen. Träger des Berliner Lernhauses war die Überparteiliche Fraueninitiative Berlin-Stadt der Frauen. In Frankfurt a.M. hatte berami e.V. und in Köln die Caritas die Trägerschaft. Projektleitung: Nane Klingspor

Das Lernhauskonzept verbindet unterschiedliche Politikbereiche und versteht sich als ein Beitrag zur Integrationspolitik, zum Aufbau der Zivilgesellschaft und zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Gestaltungsmacht von Frauen. Es begreift die Gestaltung des Zusammenlebens in der multikulturellen Gesellschaft als gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe, die nur als aktiver, gemeinsamer Prozess aller gesellschaftlichen Kräfte erfolgreich bewältigt werden kann.

Kennzeichnend für die Lernhausidee/das Lernhauskonzept sind:

- Wertschätzung der kulturellen Vielfalt und Transkulturalität im Lernprozess
Kulturelle Vielfalt ist eine gesamtgesellschaftliche Ressource, die es zu nutzen gilt. Wir suchen nach Wegen, das in der kulturellen Vielfalt enthaltene Potential für den gesellschaftlichen Zusammenhang zu erschließen und gehen davon aus, dass mithilfe dieses Potentials auch die in diesem Kontext auftretenden Probleme gelöst werden können. In den multikulturell zusammengesetzten Gruppen kann „Vielfalt als Reichtum“ konkret erfahren werden. Das oft bipolar erlebte Verhältnis von „eigener“ und „fremder“ Kultur wird durch die Erfahrung eines ganzen Spektrums unterschiedlicher Kulturen und kultureller Unterschiedlichkeiten aufgebrochen und relativiert. Im direkten Kontakt wird erfahrbar, dass neben kulturellen Zugehörigkeiten zahlreiche andere Determinanten die Identität eines Individuums bestimmen. Indem sie unterschiedliche Perspektiven gleichberechtigt nebeneinander stehen lassen, gelingt es den Teilnehmerinnen, die Transkulturalität präziser zu begreifen.

- Unmittelbarer und horizontaler Dialog
Im direkten und aufmerksamen Austausch wird die Vielschichtigkeit der Faktoren sichtbar, die dazu beitragen, Identitäten zu definieren. Generalisierende Zuweisungen auf Grund des kulturellen Hintergrundes werden so relativiert. Gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen erfordert eine Grundhaltung des radikalen Respekts. Dies schließt auch ein aktives Bemühen um den Abbau von Dominanzmechanismen ein. Die hier eingeübte Grundhaltung wird in Zukunft für alle interkulturellen Kommunikationsprozesse von grundlegender Bedeutung sein.

- Partizipation und Betonung des Lernens voneinander
Alle Beteiligten haben die Möglichkeit, an der Gestaltung des Lernprozesses aktiv mitzuwirken. Hiermit wird ein zentraler zivilgesellschaftlicher Grundsatz exemplarisch umgesetzt.
Im „Lernhaus“ ist die Dichotomie von Lehrenden und Lernenden zugunsten eines wechselseitigen Prozesses aufgehoben. Nicht das überlegene Wissen einiger soll hier weitergegeben werden, sondern die Unterschiedlichkeit von Religionen, Weltanschauungen und Lebensentwürfen soll genutzt werden, um den Horizont aller Beteiligten zu erweitern.

- Die Praxisrelevanz des Qualifizierungsprogramms
Anders als viele andere Qualifikationen haben sich die Lernhäuser schon während des zweijährigen Qualifizierungsprozesses für die Kommunen geöffnet. Dazu dienen insbesondere die Workshops und der Bereich Net & Practice. Als interkulturell relevante Praxisfelder wurden von den Lernhäusern z.B. Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser, Pflegedienste, Hospize „in den Blick gefasst“; zum Teil wurden hier Kontakte geknüpft und Erfahrungen gesammelt, Anregungen für eine Verbesserung der interkulturellen Kommunikation ausgearbeitet. Und anders als in vielen anderen Qualifikationen konnte einiges des Erfahrenen und Gelernten von den Lernhaus-Teilnehmerinnen schon während der zwei Jahre umgesetzt werden. Die gemeinsame Vorbereitung der Workshops ist auch dafür ein Beispiel. Beispiele sind ferner Berichte von Teilnehmerinnen, dass etwa die Beachtung von Dialogregeln in ihren Engagements- und Arbeitsfeldern Kommunikationsprozesse verbessert und Konflikte entschärft haben. Diese Praxisrelevanz erklärt, dass viele Absolventinnen der Lernhäuser mit großem Selbstbewusstsein schon weiter gehende Projekte gestartet haben.



Mögliche Einsatzfelder der Kulturmittlerinnen

Die im nationalen Integrationsplan beschriebene systematische Strategie des interkulturellen „Mainstreamings“ bezieht alle gesellschaftlichen Bereiche ein. Sie erfordert einerseits die interkulturelle Öffnung der Institutionen und damit verbunden eine entsprechende Sensibilisierung aller Akteure, andererseits die Qualifizierung von MigrantInnen für die Teilhabe an diesen Bereichen.

Das Lernhaus-Konzept des Lernens in interkulturellen Gruppen ist zur Umsetzung dieser Strategie in besonderem Ausmaß geeignet, da es beide Erfordernisse miteinander verbindet.

Als Einsatzfelder sind alle im Integrationsplan genannten Bereiche denkbar, beispielhaft hervorgehoben werden sollen hier die Bereiche:

- Bildung
Hier sei die teilweise recht schwierige Situation an vielen Berliner Schulen genannt. Die Problematik ist inzwischen recht bekannt und es besteht auch Einigkeit darüber, dass ein Handlungsbedarf besteht. Wie genau dieser aber abgedeckt werden kann und welche Qualifikationen hierzu erforderlich sind, ist zurzeit noch unklar. Hier könnte das Lernhaus sich sehr gut an der Suche nach Lösungen beteiligen. Das Lernhaus kann sowohl Qualifizierungen für LehrerInnen anbieten als auch selber qualifizierte Kräfte zur Verfügung stellen. Schließlich wäre auch die Durchführung interkultureller Trainings für SchülerInnen denkbar.

-Pflege
Eine weitere Problematik, die in der nächsten Zeit an Bedeutung gewinnen wird, ist der Bereich Krankenpflege und Altenversorgung. Die demographische Entwicklung bringt es mit sich, dass in Zukunft auch in der Gruppe der SeniorInnen der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund stark zunehmen wird. Auch hier sehen wir großen Bedarf für interkulturelle Kommunikation. Integration vor Ort

Gerade in Berlin mit seiner kulturell stark gemischten Bevölkerung und seinen zahlreichen sozialen Reibungsfeldern sind viele Anwendungsmöglichkeiten und ein großer Bedarf erkennbar. Anknüpfungspunkte sind auf der Gesamtberliner Ebene, auf der Bezirksebene und auch im Kiez denkbar. Der nationale Integrationsplan legt besonderen Wert auf die konkrete lokale Perspektive. Für die Integration vor Ort wird ein differenziertes Programm des lokalen interkulturellen Dialoges beschrieben. Umsetzungsebene für dieses Programm wären in Berlin die Bezirke. Die Erfahrungen des Lernhaus-Projektes könnten gut genutzt werden, um diesen Prozess auf Bezirksebene in Gang zu setzen und zu koordinieren.



Projekte

ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin
1992 - 2012
www.berlin-stadtderfrauen.de

Gestaltung und Umsetzung: kerstin.wietusch@yahoo.de

Berlin - Stadt der Frauen

Chronik der wichtigsten Aktivitäten III

Aktivitäten 2005 - 2012

06/2005 Vortrag Carola v. Braun: „Zur Rückkehr Gottes in die Politik - Perspektiven auf Deutschland“ im Anna-Paulsen-Haus **11/2005** Aktiventreffen mit dem Berliner Senator für Bildung, Jugend und Sport Klaus Böger **11/2005** Protest-Brief an EU-Präsident Barosso, den Deutschen EU- Kommissar Verheugen und an deutsche Abgeordnete aller Parteien der EU -Ausschüsse FEMM (Ausschuss für Frauenrechte und Chancengleichheit) und LIBRE (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres) gegen die Zusammenlegung des Programms DAPHNE zur Bekämpfung von Gewalt Drogen- Programm **2005/2006** Mitarbeit im Beirat **2005 bis 2011** Mitarbeit im Frauenpolitischen Wirtschafts, Arbeit und Frauen **18.1.2006** Neujahrsmitemit Berlins Innensenator Dr. Ehrhart Körting **02/2006** rechtes Haushalten - Nach dem Haushalt ist vor dem Budget „ Überparteiliche Fraueninitiative Berlin- Stadt 1945 e.V., Initiative für einen geschlechtergerechten Haushaltaldemokratischer Frauen Berlin (AsF) **04/2006** Fachtagung: Frauen - Zukunft des sozialen Dienstleistungssektors - ein europäischer Vergleich **05/2006** „Senatorinnen/ Senatoren nachgefragt zur Frauen- und Genderpolitik in Berlin“: Aktiventreffen mit Senator Flierl **06/2006** Stellungnahme der Überparteilichen Fraueninitiative zum Berliner Frauenbericht **11/2006** Erarbeitung Kongresskonzept für Strategien der Frauenbewegungen in Europa (Sammeln von Hunderten von Unterschriften zur Unterstützung des Kongresses aus Politik, Wirtschaft, Kultur im Inland und Ausland **24.1.2007** Neujahrsempfang **05/2007** Geschlechtergerechtes Haushalten in Berlin: Viel gefantlichen chen der europäischer Thema: Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) - Traum oder Alptraum für Frauen? **10/2007** China-Reise einer zivilgesellschaftlichen Frauen-Delegation aus Berlin und anderen Bundes- ländern **01/2008** Workshop des Lernhaus-Projektes: Transkulturalität im Alltag **6.2.2008** Neujahrsempfang **05/2008** Gemeinsame Fachtagung des Lernhausprojekts in Frankfurt a.M. zum Thema: „Zivilgesellschaft braucht Kulturmittlerinnen und Kulturmittler“ **06/2008** Aktiventreffen mit Senatorin Lompscher **10/2008** Unter- stützung der Festveranstaltung „100 Jahre Studium der Frauen in Preußen“ **12/2008** Aktiventreffen mit Berlins Senatorin für Jus- tiz, Frau G. v. der Aue **11.2.2009** Neujahrsemp- fang **05/2009** Frauen-Wissenschaft-Karriere: Podiumsdiskussion mit Berlins Senator für Bildung, Wissenschaft und Forschung Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner: Veranstaltung in Kooperation mit der Arbeits- gemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschungseinrichtungen an den Berliner Hochschulen, der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Berliner Hochschulen und der Landesvertretung Aka- demischer Mittelbau Berlin LAMB **11/2009** Kongress frauen sichten po- litik /West Ost 1989 -2009 **17.2.2010** Neujahrsempfang **04/2010** Aktiventreffen mit Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Frau Carola Bluhm **06/2010** Offener Brief zum Reformbedarf bei der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II der AG Frauen Arbeit Politik **08/2010** China heute – Diskussions- veranstaltung mit Kerstin Lohse, Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio **09/2010** Vom Fachkräftebedarf zum Masterplan Qua- lifizierung, Diskussionsveranstaltung der AG Frauen-Arbeit-Politik **11/2010** Parlamentarischer Dialog mit den frauenpolitischen SprecherInnen der Fraktionen des Berliner Abgeordneten- hauses **11/2010** 10. Jahrestag der Fahnen- aktion Terres des Femmes: Gewalt gegen Frauen stop- pen: Auf Antrag der Überparteilichen auch das AGH an der Fahnenaktion. beteiligt sich dies des Parlamentarischen Dialogs mit den frauenpolitischen SprecherInnen der Fraktio- nes **05/2011** Diskussionsveranstaltung der AG Frau- tik-Industriepolitik-Perspektiven einer geschlechter- gerechten Beschäftigungspolitik“ **08/2011** P o - diumsdiskussion der AG Frauen Arbeit Politik zum Thema Bedarfsgemeinschaft 2011 ÜPFlinterne Arbeitsgruppe zur Situation obdachloser Frauen Schwerpunkt „Notübernachtung“ **2011** Offener Brief: Bildungsverlierer auf dem Weg zum Chefes- grafischer **29.2.2012** Neu- jahrsempfang **28.3.2012** Fachgespräch „Demo- wandel und Gender- einblinder Fleck?“ **30.11.2012** Kongress der Über- teilichen Fraueninitiati- ve zum Thema „Was ist Leistung?“

BERLINER FRAUEN- BERICHT

DAS BEDIN- GUNGSLOSE GRUNDEINKOM- MEN- TRAUM ODER ALPTRAUM FÜR FRAUEN?

CHINA

FRAUEN- WISSEN- SCHAFT- KARRIERE

FAHNEN- AKTION TERRES DES FEMMES



ÜberParteiliche Frauen Initiative
Berlin 1992 - 2012

www.berlin-stadtderrfrauen.de

Berlin - Stadt der Frauen

Neujahrsempfänge

Neujahrsempfänge als Netzwerktreffen von Frauen in der Hauptstadt Berlin

20.01.2000: Vorstellung der Überparteilichen Ziele unserer Arbeit, „Überparteilich arbeiten in Bund und Land.“

Carola von Braun, Mitglied des Abgeordnetenhauses, FDP und Maria Eichhorn, Mitglied des Bundestages, CDU und Vertreterinnen der anderen Parteien

29.01.2003: Frauenpolitische Erfahrungen und Schwerpunkte

Justizsenatorin Schubert, Bundesministerin Renate Künast, Staatssekretärin Susanne Ahlers

28.01.2004: Gendermainstreaming? Gender Mainstreaming!

Prof. Dr. Heide Pfarr, SPD

26.01.2005: Frauenpolitische Schwerpunkte in der Frauen-Union

Prof. Dr. Maria Böhmer, MdB, Bundesvorsitzende der Frauenunion, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU

18.01.2006: Lesung aus ihrem Buch: Frauenruheraum

Annett Kröschner, Schriftstellerin

24.01.2007: Einmischung von Frauen in die bestehenden Strukturen zu Gunsten gerechterer Verhältnisse weltweit

Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit, Justizsenatorin a.D., SPD, Thema: nerin: Dr. Monika Hauser, Ärztin und Gründerin von medica mondiale e.V.,

11.02.2009: 20 Jahre nach dem Fall der Mauer in Berlin

Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, HU

17.02.2010: Die Stadtteilmütter

Maria Macher, Projektgründerin und Leiterin „Die Stadtteilmütter von Neuköln“

23.02.2011: Frauenpolitische Berichterstattung in den Medien

Mady Kemper, Chefredakteurin der „Zeitpunkte“ im RBB

29.02.2012: 20 Jahre Überparteiliche Fraueninitiative Berlin

Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin a.D.



Zusammenarbeit mit den Frauenpolitischen SprecherInnen des Abgeordnetenhauses Berlin

Parlamentarischer Dialog bedeutet Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit aus frauenpolitischer Sicht in den Mittelpunkt der gemeinsamen Aktionen zu stellen. Ausgangspunkt des Fachgesprächs war die gemeinsame Diskussionen im Rahmen des parlamentarischen Dialogs mit den Frauenpolitischen SprecherInnen der Fraktionen im Abgeordnetenhaus.

Das Thema „Demographischer Wandel und Gender- ein blinder Fleck?“ wurde im März 2012 im Rahmen eines Fachgesprächs mit den Frauenpolitischen SprecherInnen und Sprechern der Fraktionen im Abgeordnetenhaus, Vertreterinnen und Vertretern der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Umweltschutz, Arbeit, Integration und Frauen sowie Gesundheit und Soziales und mit Gesprächspartnerinnen aus Forschung und Beratung erneut aufgegriffen.

Am 28.3.2012 trafen sich im Abgeordnetenhaus 45 TeilnehmerInnen zu unserem Fachgespräch. Ausgangspunkt der Diskussion waren die Ergebnisse der Konferenz im Jahre 2007 der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin zum Demografischen Wandel und das im Juni 2009 verabschiedete Demografiekonzept des Senates für Berlin. Im Jahr 2012 will der Senat von Berlin noch einen Bericht über die Umsetzung des erarbeiten. Wir sahen in der Vorbereitung des Berichts die Notwendigkeit, die Frage nach der Gender gerechten Umsetzung des Konzepts zu stellen.

Im Demografiekonzept werden vier Handlungsfelder abgeleitet, die die Schwerpunkte der Politikbereiche untersetzen sollen. Dieses Herangehen ermöglicht erstmals ressortübergreifende Handlungsfelder im Zusammenhang zu betrachten. Innerhalb jedes Handlungsfelds wurden strategische Ziele verfolgt, die sich aus den Herausforderungen ableiten und den Rahmen für die schwerpunktmäßig verfolgten Ansätze bilden. Dazu gehören:

Kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt, Jugend, Kinder und Familien in der Stadt, Weltoffene und soziale Stadt, Langes Leben in der Stadt
In allen Handlungsbereichen setzt Berlin auf vier grundlegende Prinzipien:

1. Die umfassende Qualifizierung der Stadtgesellschaft sowie der baulich-räumlichen Strukturen.
2. Die Sozialraumorientierung als zentrales Arbeitsprinzip, das heißt die fachübergreifende Orientierung des politischen und planerischen Handelns und die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen.
3. Die besondere Berücksichtigung des Gender Mainstreaming.
4. Die Aktivierung und Vernetzung von Fachleuten und Bürgerschaft.

Im Jahr 2012 will der Senat von Berlin noch einen Bericht über die Umsetzung des Demografiekonzepts erarbeiten. Wir sahen in der Vorbereitung des Berichts die Notwendigkeit, die Frage nach der Gender gerechten Umsetzung des Konzepts zu stellen.

Schwerpunkte der Diskussion zu den Beiträgen der SenatsvertreterInnen und der ExpertInnen waren:

Es gibt lt. Mikrozensus Land Berlin 2010 folgende Lebensformen von Familien mit Kindern in Berlin:
· 36 % Ehepaare, · 12 % Lebensgemeinschaften, · 52 % Alleinerziehende

Einschätzungen zur Kinderbetreuung lt. Familienbericht des Senats 2011 gehen davon aus, dass 67 % der Kinderbetreuungseinrichtungen nicht vor 7.30 Uhr geöffnet sind, dass die Betreuung über Mittag bei 90 % gesichert ist, dass nur 4 % der Einrichtungen nach 18.00 Uhr geöffnet haben, dass nur 33 % während der Ferienzeit geöffnet haben, dass nur 1 % der Einrichtungen am Samstag Kinder betreuen. Bei der hohen Anzahl Alleinerziehender sind die genannten Zahlen bei weitem nicht ausreichend und müssen durch andere Angebote, wie ehrenamtliche Großelterndienste, Einrichtung von weiteren Betriebskindergärten nur 9 %, familienfreundliche Arbeitszeiten, flexible Betreuungsdienste ergänzt werden. Dies sind auch Kriterien zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Es gibt weiter hin das Vereinbarkeitsproblem – Frau dreifach betroffen als Mutter, Ehefrau oder Lebenspartnerin und Pflegende.

Im Rahmen des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011 laufen 30 Referenzprojekte im gesamten Senat, die aber nicht extra finanziert werden, sondern wo bei der Bearbeitung und Abrechnung die Gender sensiblen Daten abgefordert werden, da im Rahmen der Konzeption des Demografischer Wandels keine zusätzlichen Gelder bereitgestellt wurden. Vermittlung von Gender Kompetenz für die Verwaltung ist dringend erforderlich, wird auch nachgefragt, aber es gibt ein viel zu kleines Budget. Veränderung findet in erster Linie bei der Darstellung der Rollenbilder von Mann und Frau statt, z.B. bereits in den Kitas–die Gender sensible Bildung bieten. Auch Veränderungen in der Arbeitskultur, z.B. Arbeitszeiten, Freistellung von Vätern für die Elterzeit sind notwendig. Die Darstellung des genossenschaftlichen Wohnens als selbstbestimmte Wohn- und Lebensform ist unbedingt auch in den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften fortzuführen. Dieses Projekt, was im Gleichstellungs-politischen Rahmenprogramm gefördert wurde, ist es wert, unbedingt vervielfacht zu werden, weil hier zwei Aufgaben gelöst werden, die in Hinsicht des Demografischen Wandels wichtig sind:

1. die Vielfalt von Lebens- und Wohnformen zu fördern und 2. dass eine Qualitätssicherung durch Gender Mainstreaming erreicht wird.

Das Bild von alten Frauen und Männern fehlt in der Öffentlichkeit fast völlig, auch muss in Berlin die einseitige Orientierung bei der Pflege von alten Menschen auf die Familie sofort in die Verantwortung der Öffentlichen Hand zurückgenommen werden, damit klar erkennbar ist, dass in Berlin etwas getan werden muss, um die zukünftigen Aufgaben bei der Bewältigung des Demografischen Wandels erfolgreich zu gestalten. Seit der Einführung der Pflegeversicherung 2005 haben sich die Kommunen bundesweit aus dem Nachdenken über geeignete Wohnformen für Ältere Menschen und die Förderung weitestgehend zurückgezogen. Es müssen weitere altersgerechte Wohnungsgemeinschaften entstehen, die den Lebensrealitäten von Frauen und Männern entsprechen. Dies ist auch eine Forderung an die neu zu bauenden Wohnungen des Wohnungsbaus in Berlin (30 T). Die Wohnungssituation für Sozialschwache in Berlin ist sehr kritisch, weil billiger Wohnraum nicht zur Verfügung steht. Es müssen soziale Unterstützungsformen oder günstige Wohnungen gebaut werden. Dazu bedarf es eigentlich eines Förderprogramms.

Im Rahmen des Vorstellens der Gender-Perspektive zur Bevölkerungsprognose wurde ausgeführt, dass • Frauen in der Altersgruppe 80+ heute und künftig überproportional vertreten sind • Altersarmutsproblematik dürfte mittelfristig bedeutsamer werden • „Remanenzeffekte“ beim Wohnen im Alter bestehen • ältere Frauen von der Problematik nachfragebedingter Mietsteigerungen „dreifachbetroffen“ sind
Beim letzten Punkt gab es eine Nachfrage an Hr. Dr. Hucke zu seiner Aussage, dass das Thema „Dreifachbetroffenheit von Frauen“ Frauen hinsichtlich der Bedrohung ihrer Wohnsituation in gewissem Sinne tabuisiert werde, weil man nicht recht wüsste, wie mit dem Ergebnis einer detaillierten Analyse umzugehen wäre. Wenn diese Aussage stimmt, dann ist es höchste Zeit, dass es eine detaillierte Analyse gibt, weil es dann wahrscheinlich nicht nur für alte Frauen zutrifft. Dies scheint also bekannt zu sein, aber es wird nicht weiter darüber nachgedacht, weil es zu problematisch ist.

Abschließend kann eingeschätzt werden, dass das Thema „Demografischer Wandel und Gender“ kein blinder Fleck mehr ist, aber die politischen Parteien und die unterschiedlichen Senatsbereiche den Umgang mit dem Thema öffentlich diskutieren müssten. Der demografische Wandel ist ein Problemfeld von deren Lösung die weitere Zukunft unserer Gesellschaft abhängt. Die zentralen politischen Handlungsfelder bezogen auf den demografischen Wandel sind weitgehend identisch mit den zentralen Schwerpunkten für die Herstellung von mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Stadt. Es sind beides Querschnittsaufgaben, die bei der Entwicklung von Berlin stärker bedacht werden und deshalb eine größere Rolle in der Diskussion spielen sollten. Die Veranstalterinnen werden weiter in bestimmten Zeitabständen an dem Thema arbeiten. Der nächste Termin wäre dann der Bericht des Senates zur Umsetzung des Konzepts zum Demografischen Wandel im Jahre 2012.



Aktive Arbeitsgruppen

ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin
1992 - 2012
www.berlin-stadtderafrauen.de

Gestaltung und Umsetzung: kerstin.wietusch@yahoo.de

Berlin - Stadt der Frauen

AG Frauen, Arbeit und Politik



Die Arbeitsgruppe Frauen-Arbeit-Politik, früher die Arbeitsgruppe Hartz, ist ein überparteiliches Bündnis frauenpolitischer Verbände, Organisationen, Initiativen und Personen in Berlin.
Thema: Bedarfsgemeinschaften im SGB II „Hartz IV“

Die AG FAP wurde von Vertreterinnen der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin und dem Berliner Frauenbund gegründet. Die Fachanwältin für Sozialrecht Judith Brandner verdeutlichte im Jahr 2007 anhand aufgelisteter exemplarischer echter Fälle einige Missstände im Bereich des SGB II.

Die AG FAP hat sich des Problems der so genannten Bedarfsgemeinschaften (BG) angenommen: Um SGB II -Leistungen beziehen zu können, muss man „hilfebedürftig“ sein, also den Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen decken können. § 9 SGB II regelt, dass innerhalb einer BG auch Einkommen und Vermögen von Partner/innen zu berücksichtigen sind. § 7 SGB II regelt, dass im SGB II neu eingeführte Rechtskonstrukte BG. Dazu zählt demnach jede/r Lebenspartner/in in einer Haushaltsgemeinschaft, die oder der „so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen“. Dieser Wille füreinander einzustehen, wird nach einem Jahr des gemeinsamen Wohnens von Gesetzes wegen vermutet. Dies wird ebenfalls automatisch vermutet, wenn man das Kind von Mitbewohner/innen mit versorgt. Es gilt die Beweislastumkehr. Wer SGB II Leistungen

erhalten möchte, muss beweisen, dass Mitbewohner/innen keinen Wille zum füreinander Einstehen vorhanden ist.

Besonders für allein erziehende Mütter ist diese Regelung ein Problem. Ziehen sie zu einem neuen Partner, wird ihnen die Leistung aufgrund des gemeinsam betreuten Kindes gestrichen. Die Frau gilt als fiktiv nicht hilfebedürftig. Das Einkommen des Partners und auch der bei ihm lebenden Kinder wird auf „Hartz IV“ - Niveau angerechnet. Das bedeutet, die gesamte neue Familie muss mit - in der Regel - sehr niedrigen Einkommen auskommen. Die fiktiv nicht hilfebedürftige Frau erhält auch keine sonstige Förderung mehr. Dies gilt auch für ihr Kind, das zum fiktiven Stiefkind wird. Das SGB II unterstellt eine Unterhaltspflicht, die es im BGB gar nicht gibt. Dies hindert in der Praxis die Bildung neuer Familien.

Im Mai 2010 verfasste die AG FAP ein Positionspapier über den Reformbedarf der Bedarfsgemeinschaften. und versandte es an alle zuständigen Politiker/innen und Ausschüsse. Am 24.08.2011 fand eine von der AG FAP initiierte Expertinn/en-Tagung zum Thema Bedarfsgemeinschaften statt. Am 26.01.2011 lud die Vorsitzende des Sozialausschusses des Deutschen Bundestages zu einem interfraktionellen Gespräch über die Problematik des Rechtskonstruktes Bedarfsgemeinschaften ein.

AG Obdachlosigkeit



AG Obdachlose Frauen : Warum wir uns dem Thema angenommen haben, wer bisher beteiligt war und worum es uns geht.

Im Sommer 2010 beschloss der Vorstand der ÜPFI in ihrer Vorstandsklausur, sich über die Situation von obdachlosen Frauen in Berlin kundig zu machen. Wie ist die Situation dieser Frauen heute? Greift das Soziale Netz lückenlos? Gibt es Engpässe für obdachlose Frauen in Berlin?

Von Pastorin Christiane Pfoertner von der Heiligkreuzkirche wurden uns Kontakte zu einigen Einrichtungen vermittelt, die sich in Berlin speziell um obdachlose Frauen kümmerten. Was wir von diesen Fachfrauen erfuhren war alarmierend. Das Land Berlin stellt Hilfeangebote speziell für obdachlose Frauen bereit, diese sind jedoch für eine ganz besondere Gruppe von obdachlosen Frauen, nämlich psychisch auffällige Frauen, unbrauchbar. Regelfinanzierte betreute niedrigschwellige ganzjährige Notaufnahmen speziell für Frauen gibt es gar keine. Für ganz Berlin gibt es nur eine, aus Spenden finanzierte, halbe Psychologinnenstelle bei FrauenbeDacht (FbD), und gerade mal acht Betten bei der Notübernachtung für Frauen (NÜF), speziell für diese psychisch auffälligen obdachlosen Frauen. Dabei ist der Bedarf enorm hoch und schon seit Jahren ansteigend. Von Januar bis Juli 2012 gab es in der NÜF 633 Anfragen für ein Obdach, 330 von diesen mussten wegen Vollbelegung abgelehnt werden, 160 konnten an andere spezifische Hilfestellen weiter vermittelt , z.B. obdachlose Mütter mit Kindern oder mussten abgewiesen werden, z.B. mit einem Hund.

Es gibt also einen offensichtlichen Engpass in der Versorgung von obdachlosen Frauen in Berlin. Nach unserem Neujahrsempfang 2011 gründeten wir die AG Obdachlosigkeit für Frauen, deren Mitglieder sind:

Eva-Maria Heise und Martina Krägeloh von der Notübernachtung für Frauen (NÜF), Bettina Köppen von FrauenbeDacht (FbD), Carola v. Braun, Pia Kaiser und Judith Brandner von ÜPFI Minka Dott von der Fraktion DIE LINKE, Vorsitzende des ehemaligen Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales im Abgeordnetenhaus Berlin, Evrim Baba Sommer, Mda DIE LINKE Helga Elias, Mda DIE LINKE Alexandra Mai, Mitarbeiterin DIE LINKE Anja Kofbinger, Mda und Ausschussvorsitzende für Frauen, DIE GRÜNEN,

Das Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es darauf hinzuwirken, dass ganzjährige niedrigschwellige betreute Angebote speziell für psychisch auffällige, wohnungslose Frauen in Berlin abgesichert bzw. neu eingerichtet werden.

Bisherige Schritte hin zum Ziel:

Im März 2011 fand die erste Besprechung der AG Obdachlosigkeit mit den Fachfrauen statt. Schnell stellte sich heraus, dass es mit der Erstellung eines üblichen politischen Papiers nicht getan war.

Im April 2011 fand ein erstes Informationsgespräch im Büro der Ausschuss-Vorsitzenden des damaligen Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales im Abgeordnetenhaus Berlin Minka Dott statt. In Vorbereitung dieses Gespräches wurde eine kurzgefasste Problembeschreibung mit den notwendigen dringlichen Sofortmaßnahmen aufgelistet.

Viele weitere Sitzungen folgten, zu denen weitere Fachfrauen dazu kamen, wie Elke Rasche vom Frauenladen La Vida. Aufbauend auf die wissenschaftlichen Ergebnisse des „Aktionsplan Hilfe für wohnungslose Frauen, „ www.berlin.de/lb/lkbgg/gewalt_und_kriminalitaetspraevention/gewalt-gegen-frauen/wohnungslose-frauen/“ sowie auf die bundesweit einzigartige Effektstudie, belegten wir die Solidität und Seriosität unserer politischen Forderungen.

Mit Unterstützung der Ausschussvorsitzenden Minka Dott, fanden mehrere Gespräche mit den zuständigen Senatsverwaltungen statt. Mit StS Fritsch, SenIAS , StS Benjamin Hoff und Abtlg. Leiter Beuscher, StS Almut Hartwig-Tiedt, SenV Frauen. Bei diesen Gesprächen wurde zwar Problem- und Handlungsbereitschaft signalisiert, aber nach den Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus Berlin und dem damit zusammenhängenden Regierungswechsel sowie der neuen Zusammensetzung des Parlaments musste die Überzeugungs- und Kontakarbeit in etlichen Teilen wieder neu aufgebaut werden. Ab Dezember 2011 wurde die Vorbereitung einer ÜPFI-Einladung zu einem Interfraktionellen Fachgespräch mit den frauen-, sozial-, gesundheits- und wohnungspolitischen neuen Sprecher/innen der Fraktionen in Angriff genommen, das dann Ende Januar 2012 stattfand.

Die Fraktionen waren fast vollständig vertreten. Ergebnis: das Interesse und Problembewusstsein der Abgeordneten konnte geweckt bzw. gestärkt werden. Die Fraktionen vereinbarten eine ausschussübergreifende Anhörung zum wachsenden Problem Obdachloser Frauen in Berlin. Die Anhörung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales fand am 12.03.12 im Abgeordnetenhaus statt. Auch hier äußerten sich die Fraktionen durchgängig interessiert und handlungsbereit gegenüber den dringlichsten Erfordernissen. Unsere weiteren Ziele:

Gemeinsames langfristiges Ziel der AG Obdach für Frauen und der ÜPFI ist es, dazu beizutragen, dass das Land Berlin eine gendergerechte Obdachloskeitspolitik entwickelt, und ein niedrigschwelliges Wohnhaus für psychisch auffällige obdachlose Frauen einrichtet mit interdisziplinärer Fachbetreuung, Fachpersonal aus Psychologie/Psychiatrie und Sozialer Arbeit, Bewilligung und Kostenübernahme ohne Bedarfsprüfung, mit dem Ziel der Motivation und Befähigung der obdachlosen Frauen zur Annahme von Hilfe.

Es sieht so aus, dass wir auf dem Weg zu einer Geschlechter sensiblen Hilfe für obdachlose Frauen einen Schritt in Berlin weiter gekommen sind.



Berlin - Stadt der Frauen Kongress - Was ist Leistung?

Was ist Leistung?

Seit der Finanzkrise gewinnt die öffentliche Diskussion darüber, was unter Leistung verstanden wird und wie die Erbringung von Leistung in der Gesellschaft verteilt ist, erneut an Aktualität und Schärfe. Wie ist bezahlte und unbezahlte - ökonomisch und gesellschaftlich relevante - Arbeit zwischen den Geschlechtern verteilt? Wie werden ehrenamtliche Leistungen gewürdigt und verteilt (den Männern die Ehre, den Frauen die Arbeit?) Wie sieht die gesamtgesellschaftliche Kosten- / Nutzenrechnung der praktizierten Arbeitsteilung aus? Wie kommen wir zu einer gender- und familiengerechten work-life-balance? Wir wollen auf dem Kongress „Was ist Leistung?“ den Diskussionsstand dieser gesellschaftlichen Fragen aufzeigen und gemeinsam überlegen, was sich ändern muss, um mehr Frauen für ein politisches Engagement für Änderungen im Sinne einer gender- und familiengerechten Lebens- und Arbeitswelt zu gewinnen.

Kongressprogramm

Teil I:

Was ist Arbeit, was ist Leistung?

Vortrag I:

National und Global: Die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung, unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen – Beispiel Deutschland

Prof. Friederike Maier, Vizepräsidentin Hochschule für Wirtschaft und Recht, Direktorin Harriet-Taylor-Mill-Institut Berlin

Vortrag II:

Geld und Leistung – ein feministisch-kulturhistorischer Rückblick

Prof. Christina v. Braun, Kulturwissenschaftlerin, Humboldt-Universität

Teil II:

Soziale, ökologische und ökonomische Kosten-Nutzen-Relation der gegenwärtigen gesamtgesellschaftlichen Arbeitsverteilung

Podiumsdiskussion I: Leben und Arbeiten – wofür kämpfen die verschiedenen Frauengenerationen?

Ein Gespräch zwischen Frauengenerationen in Ost und West

Magda Albrecht, Mädchenmannschaft e.V., Kerstin Wietusch, Vorstandsmitglied ÜPFI, Bündnis90/Grüne, Alexandra Goy, Anwältin, Publizistin, Mitgründerin des ersten Frauenhauses in Berlin, West, Astrid Landero, Leiterin Frauenprojekt Paula Panke e.V.

Vortrag III: Rollenmodelle im Wandel – Beispiel Ballungsraum Berlin

Dilek Kolat, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen in Berlin

Vortrag IV: Gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung: (k)ein nachhaltiges Modell für die Zukunft Deutschlands?

Mechtild Jansen, Autorin

Teil III:

Was wollen wir ändern? – Politische Beteiligungs-Strukturen der Zukunft, Verbesserungsmöglichkeiten und –forderungen

Podiumsdiskussion II: Arbeit in Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen

Anja Schillhaneck MdA, Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Berlin, Dr. Christina Klenner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung, Agnes Alpers MdB, Fraktion DIE LINKE, Ausschuss für Bildung und Forschung, Barbara Baumbach, Mitglied im Bundesvorstand der Frauen-Union, sowie im Landesvorstand der Frauen-Union Berlin, Bärbel Freudenberg-Pilster FDP, Staatssekretärin a.D. für Gesundheit und Soziales in Sachsen-Anhalt, Simon Kowalewski MdA, Frauenpolitischer Sprecher der Fraktion, DIE PIRATEN

Mythos Leistung

Wer sich mit Frauenrechten beschäftigt, stößt irgendwann auf das Thema Leistung. Frauen arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Ihre Arbeit wird unterbewertet. Die Unterscheidung der Menschen nach ihrem Geschlecht und die scheinbar zwingend folgende Ungleichbehandlung der Frauen prägen gesellschaftliche Verhältnisse grundlegend. Auch der scheinbar neutrale Begriff Leistung und was wir jeweils darunter verstehen, spiegelt dieses Phänomen wider.

Leistung ist nicht objektiv messbar. Wer seinen Herrschaftsanspruch, seine sozial exklusive Rolle, einen wie auch immer gearteten Vorteil elegant legitimieren möchte, begründet dies am besten mit seiner Leistung. Soweit der Blick in die Geschichte zurückreicht, haben Herrscher aller Art ihre einmal durch Gewalt oder Glück gewonnene Vorherrschaft im Nachhinein mit ihrer Leistung zu begründen versucht.

Auch heute erklären uns selbst ernannte „Leistungsträger“, die das 52fache Gehalt des Durchschnittseinkommens ihrer Angestellten erhalten, dass sie das 52fache leisten. Ist das überhaupt möglich? Und eine Mutter, die ein Kind aufzieht, erbringt sie automatisch eine Leistung für die Gesellschaft? Hängt die Bewertung ihrer Arbeit davon ab, ob das Kind später für die Gesellschaft Steuern zahlt oder von ihr Sozialleistungen erhalten muss? Fest steht, dass kein gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, was Leistung ist.

Bei Wikipedia wird Leistung als erstes als Arbeit pro Zeit definiert. Wir wollen zu einer neuen gesellschaftlichen Bewertung von Erwerbsarbeit, Reproduktions- und Fürsorgearbeit anregen und langfristig zu einer neuen Arbeitsteilung kommen, die unabhängig vom Geschlecht ist. Zu einer neuen Bewertung von Leistung hilft die Studie „A Bit Rich: Calculating the real value to society of different professions“ des britischen Think Tanks New Economic Foundation (NEF). Darin wird die Arbeit von sechs Berufsgruppen anhand des Kriteriums „Social Return on Investment (SROI)“ (soziale Kapitalrendite), also ihres gesellschaftlichen Wertes bemessen. Es wird danach gewertet, welche sozialen und ökologischen Gewinne und welche Schäden der Gesellschaft durch diese Arbeiten entstehen. Grob zusammengefasst: für jeden Pfund den ein Mannerwirtschaftler verdienen würde, werden acht Pfund vernichtet. Eine Frau schafft mit jedem Pfund Lohn einen sozialen und ökologischen Wert von 11 Pfund. Untersucht wurden die Berufe Investmentbanker/in, Steuerberater/in, Werbedesigner/in, Kinderbetreuung, Reinigungskraft im Krankenhaus und Angestellte im Recyclingbereich. Die Studie verdeutlicht die Tendenz, dass die untersuchten Berufsgruppen, die gesellschaftlich wirklich notwendige Tätigkeiten verrichten, im Niedriglohnssektor angesiedelt sind, obwohl sie der Gesellschaft einen höheren sozialen und ökologischen Mehrwert bringen, als sie an Löhnen kosten. Die Arbeit der untersuchten Spitzenverdiener/-innen hingegen führte tendenziell eher zu sozialen und ökologischen Schäden. Die Arbeit im Bereich der unterfinanzierten Kinderbetreuung ermöglicht etwa Eltern, unbesorgt weiter zu arbeiten, also unabhängig zu bleiben, Steuern zu zahlen und einen höheren Lebensstandard für ihre Familien zu unterhalten. Sie ermöglicht den betreuten Kindern eine bessere sprachliche, geistige und soziale Entwicklung und verringert die Gefahr von Arbeitslosigkeit und Prekäreinkommen im Vergleich zu nicht in einer Kintereinrichtung betreuten Kindern. Laut der Studie generiert die Arbeit in der Kinderbetreuung mit jedem verdienten Pfund 7 bis 9,50 Pfund an gesellschaftlichem Wert. Die Studie räumt auch mit vermeintlichen Wahrheiten auf: viele Mythen werden widerlegt: Wer mehr verdient, arbeitet mehr! Reiche tragen mehr zur Gesellschaft bei, als Arme! Aufstiegschancen sind für alle gleich!

Erbrachte Leistungen müssen also gesellschaftlich anders bewertet werden. Besonders Frauen, die ganz überwiegend gesellschaftlich notwendige Arbeit unbezahlt oder niedrig entlohnt erbringen, können davon profitieren. Es braucht einen neuen Diskurs über den Mythos Leistung. Und eine wache, starke Gesellschaft, die ehrlich schaut, wer was für das Gemeinwohl und die Gesamtwirtschaft beiträgt.

www.neweconomics.org/publications/bit-rich www.neweconomics.org
siehe auch <http://www.happyplanetindex.org/>

ÜberParteilicheFrauenInitiative
Berlin 1992 - 2012
www.berlin-stadtderrfrauen.de

Auszug aus dem Positionspapier:

Der Deutsche Qualifikationsrahmen - ein Weg, um Leistungen und Kompetenzen von Frauen fair und gerecht anzuerkennen?

Wie werden Leistungen und die ihr zugrunde liegenden Kompetenzen offiziell anerkannt?

Deutschland ist ein Land, in dem der Nachweis formaler, gesetzlich geregelter Schulbildung, Hochschulbildung und Ausbildung einen besonders hohen Stellenwert hat und in dem es besonders hohe Hürden zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg gibt. Nicht das, was im Lebensverlauf tatsächlich gelernt wird, ist in der Regel entscheidend für Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, sondern die formalen, gesetzlich geregelten Lernorte (Schule, berufliche Bildung, Hochschule) mit ihren bescheinigten, anerkannten Abschlüssen. Dieser hohe bis ausschließende Stellenwert formaler Bildung benachteiligt alle, die es im „ersten Anlauf“ nicht schaffen konnten, die abgebrochene Bildungs- und Ausbildungskarrieren haben, die Kompetenzen überwiegend in anderen Lernfeldern oder in anderen Herkunftsländern erwarben. Insbesondere Frauen und da vor allem Migrantinnen, die nach abgebrochener Bildungskarriere oder unterbrochener Erwerbsbiografie (wieder) beruflich Fuß fassen wollen, werden so um Chancen qualifizierter Erwerbsarbeit gebracht.

Der Europäische Qualifikationsrahmen zeigt neue Wege auf

Der 2008 nach mehreren Entwürfen und einer Konsultationsphase verabschiedete Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) zeigt neue Wege der Zuordnung und Anerkennung von Kompetenzen auf, sowohl der in formalen Bildungsgängen erreichten Kompetenzen, wie auch der non formal (etwa in Veranstaltungen der Jugendarbeit) und informell (etwa individuell in zivilgesellschaftlichem Engagement) erworbenen. Er bildet einen Referenzrahmen, dem sich nationale Qualifikationsrahmen – wie der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) - zuordnen sollen.

Das Lernhausprojekt der Überparteilichen Fraueninitiative ist einen neuen Weg gegangen

Als die Überparteiliche Fraueninitiative 2005 gemeinsam mit der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen das vom BMFSFJ geförderte Projekt „Transkulturelles und interreligiöses Lernhaus der Frauen“ aufbaute, war sie von den Chancen, die diese Entwicklungen insbesondere für Frauen boten, elektrisiert. So flossen Grundideen und Methoden aus den Konsultationspapieren und Konzepten zu Schlüsselkompetenzen und Europäischem Qualifikationsrahmen in das Qualifizierungskonzept des Lernhausprojektes.

EQR/DQR - eine „Bildungsrevolution“, die sich weitgehend unbemerkt vollzieht

Seit dem Beschluss der Erarbeitung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) Ende 2006 findet diese Erarbeitung weitgehend unbemerkt von einer breiteren Öffentlichkeit statt. Das ist umso erstaunlicher, als sich mit dem Europäischen Referenzrahmen und den sich ihm zuordnenden Nationalen Qualifikationsrahmen nichts weniger als eine „Bildungsrevolution“ vollzieht, die alle Bürgerinnen und Bürger in diesem europäischen Bildungsraum angeht.

Da der Qualifikationsrahmen alle angeht sollten nicht nur Akteure aus Bildungsorganisationen und -strukturen im engeren Sinne und VertreterInnen der Sozialpartner an diesen Entwicklungen, die vorhersehbar so viel ändern werden, teilhaben. Hier ist auch die Zivilgesellschaft gefragt! Mit unserem Positionspapier wollen wir als zivilgesellschaftliche, frauenpolitische Organisation einen Beitrag leisten.

Wir empfehlen und fordern

- EQR/DQR sind Instrumente Lebensbegleitenden Lernens, in denen Lernergebnisse außerhalb des formalen Bildungssystems einen gleichwertigen Stellenwert haben sollen. So sollten folgerichtig in die weitere Erarbeitung des DQR, in den Aufbau entsprechender Strukturen für Beratung, Feststellung, Anerkennung und Zertifizierung dieser Lernergebnisse (weitere) Initiativen/Institutionen/Organisationen außerhalb der formalen Bildungsstrukturen einbezogen werden. Das sollten insbesondere solche sein, die Lebenswelt-, Gender- und Biografie-orientiert arbeiten und die schon jetzt in hoher Professionalität mit Beratung und Kompetenzfeststellung, mit Qualifizierung, Unterstützung und Ermutigung (neue) Lebensperspektiven für Einzelne eröffnen

- Das Land Berlin unternimmt große Anstrengungen, um soziale Hürden zum Bildungserfolg abzubauen; die Anerkennung von Lernergebnissen außerhalb formaler Wege wäre ein außerordentlich viel versprechendes Instrument bei diesem Ziel.

- Non formal und informell erworbene Lernergebnisse sollten nicht nur auf anerkannte Berufe, sondern auch auf Diplome und akademische Abschlüsse angerechnet werden können; der Erwerb von Teilqualifikationen und von Zugangsberechtigungen zu höherer Bildung muss möglich sein. Unter Wahrung der Professionalität sollen so neue Wege der Anerkennung entstehen, die jederzeit während des Lebensverlaufs gegangen werden können.

- Sämtliche Wege und Verfahren zur Feststellung, Anerkennung und Zertifizierung non formal und informell erworbener Lernergebnisse müssen so gestaltet werden, dass sie die Bürgerinnen und Bürger beraten, unterstützen und ermutigen, sich und ihre Kompetenzen aktiv einzubringen. Ein System, das nur oder überwiegend auf Externen-Prüfungen baut, würde diesem Anspruch nicht gerecht.

- Es muss verhindert werden, dass das System von Beratung, Kompetenzfeststellung und Anerkennung/Zertifizierung im Rahmen des DQR privatwirtschaftlich verwertet wird. Ein solches System muss unter staatlicher Aufsicht stehen, öffentlich sein und gewährleisten, dass Bürger/innen einen fairen, gerechten, kostenlosen/oder kostenarmen Zugang haben, so, wie es die europäischen Vorschläge vorsehen.

- Bisher war Gender Mainstreaming als gezielte Strategie zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit kein offizielles Thema bei der Erarbeitung des DQR; hier ist dringender Nachholbedarf! Die Zuordnung der formalen Abschlüsse muss zu einer gerechteren Bewertung sog. „Frauenberufe“ führen. Frauen müssen beim Zugang zur Anerkennung non formal/informell erworbener Kompetenzen besonders gefördert werden. Erfahrungen in Frankreich zeigen (erwartungsgemäß), dass vor allem Frauen diese Chancen ergreifen; sie zeigen übrigens, dass Frauen überwiegend Kompetenzzuordnungen für den Gesundheits- und Sozialsektor anstreben.

Sie finden das vollständige Dokument auf unserer Web-Seite: www.berlin-stadtderrfrauen.de/



Berlin - Stadt der Frauen

Überparteilichkeit von Frauen -
politisches Instrument der Zukunft

Wir machen weiter

Von den Themen mit grundlegender politischer und struktureller Bedeutung, mit denen sich die Überparteiliche Fraueninitiative seit ihrer Gründung auseinandergesetzt hat, ist keines abgeschlossen. Der Kampf für Frauen- und Menschenrechte und gegen Rassismus und Sexismus hat nichts von seiner Dringlichkeit verloren, vor allem dann nicht, wenn unser politisches Engagement nach wie vor nicht nur auf unser eigenes Land bezogen wird.

Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sind noch lange keine Selbstläufer, sondern müssen eingefordert werden. Nicht zuletzt dafür bleiben Frauenprojekte und Fraueninfrastruktur unersetzbar. Die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit, um menschenwürdige Entlohnung und Grundsicherung, um die Systeme der sozialen Sicherung insgesamt unter den Bedingungen des demografischen Wandels werden an Schärfe zunehmen. Ein gelingender interreligiöser und interkultureller Dialog wird an gesellschaftlicher Bedeutung zunehmen. Und die Aufgabe, gesellschaftspolitische Forderungen zu erarbeiten, sie den Repräsentantinnen und Repräsentanten demokratischer Parteien zu stellen, für Wahlen zu motivieren, die Einlösung von Wahlversprechen zu überwachen gehört zu den Grundlagen für eine demokratische Zivilgesellschaft mündiger Bürgerinnen und Bürger.

Die wichtigen Themen werden uns also nicht ausgehen, und die alten Themen werden weitgehend auch die neuen in den kommenden Jahren unserer Arbeit sein. Entscheidend ist eher, wie die Themen umgesetzt werden. Jeweils neu zu überlegen und abzuwägen bleibt, welche inhaltlichen Akzente in diesen großen Themenbereichen gesetzt, in welcher Form sie angeboten werden. Einige inhaltliche Akzentuierungen zeichnen sich schon ab.

Der parlamentarische Dialog gewinnt in einer sich relativ schnell ändernden Parteienlandschaft eine besondere Bedeutung. Generell wäre ein Blick auf die Zukunft der Parteienlandschaft unter Gender politischen Aspekten dringlich.

Die jüngeren Generationen müssen flexiblere Entwürfe und Wege für Ausbildung und Arbeitsleben und ihre Verknüpfung mit Partner- und Elternschaft finden. Das alte, starre, aber einen sicheren Rahmen und Planbarkeit vermittelnde Muster „Eine Ausbildung - ein Beruf - Arbeitszeit oder Familienzeit - Rente/Alterssicherung“ existiert nicht mehr. Die Vorstellungen von jüngeren Frauen, wie sie mit diesem Wandel der Arbeitswelt umgehen wollen, was sie leisten und erreichen wollen, was für sie eine gute Life-Work-Balance wäre, welche Wünsche sie an ein gut gelingendes Leben haben, sollten mehr Raum erhalten. Einige dieser Fragen werden auch Gegenstand des Kongresses zum zwanzigjährigen Bestehen der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin sein.

Anders als die angelsächsischen Staaten haben wir keine lange Tradition der krassen Gegensätze von Arm und Reich. Aber auch bei uns geht die Schere zwischen Arm und Reich ständig auseinander, und es zeichnet sich schon ab, dass einem hohen Prozentsatz der jetzt arbeitenden Frauen die Altersarmut droht. Damit erhalten einerseits alle damit zusammenhängenden Fragen eines Gender orientierten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik und einer Politik des Systems der sozialen Sicherung insgesamt neue Dringlichkeit.

Andererseits kommen Fragen in den Vordergrund, wie der wachsenden Entsolidarisierung innerhalb der Gesellschaft begegnet werden kann. Wenn man der Sinus-Jugendstudie „Wie ticken Jugendliche 2012?“ folgt, so grenzen sich schon 14- bis 17-Jährige aus der Mittelschicht deutlich von Jugendlichen aus prekären Verhältnissen ab, und diese spüren die Entsolidarisierung.

Was sich in eigenen und in Kooperationsveranstaltungen bewährt hat, ist die exzellente Aufarbeitung des jeweiligen Themas, seine Einordnung in größere Zusammenhänge, seine praxisorientierte Detailgenauigkeit in Kombination mit der Aufbereitung und Rückkoppelung der Ergebnisse in den Raum politischen Handelns und das bei guter Kenntnis dieses Raumes.

Es scheint, dass in einer Zeit, in der wir wie nie zuvor unbegrenzten Zugriff auf nebeneinander stehende Fakten, Theorien, Meinungen haben und mit Informationen und Wissensbrocken gleichsam überflutet werden, etwas besonders kostbar wird: Zeit und Gelegenheit zum übergreifenden, respektvollen, engagierten Diskurs mit dem Ziel, uns gemeinsam inhaltliche Positionen zu erarbeiten, sie einzuordnen und für politisches Handeln aufzubereiten. Diesen Diskurs möchten wir auch in den kommenden Jahren weiter führen.

Wenn Sie sich beteiligen wollen an der Arbeit der Überparteilichen Fraueninitiative, so sind Sie herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen und über alle sachkundige Unterstützung.

